

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

38. Jahrgang
Nr. 4 – 2015
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Wer Waffen sät, erntet Flüchtlinge	2
Macht Ost-Jerusalem zur Hauptstadt Palästinas	3
Die Russen kommen! Die Russen kommen!	4
Nie mehr Hiroshima: Stockholmer Appell	5
Der Kampf gegen die helvetische Atombombe	6
Unterschreibt das Flüchtlingsmanifest	7
Friedensaktivistin im Kerker: Freiheit für Ana Belén Montes	8



Das globale Verbrechen Europas

Der Krieg gegen die Migranten

Die Bilder, die den Sommer 2015 eindeutig geprägt haben, sind die Bilder der globalen Verbrechen des Europas des Kapitals und der Profite, der missachteten und verweigerten Rechte, der Apartheid und der Diskriminierungen. Die Luftangriffe gegen den Irak, Pakistan und Afghanistan. Und die gegen Libyen und das Horn von Afrika. Hunderte Bomben, die auf Syrien, Kurdistan und den Jemen abgeworfen wurden. Die Zwangsauswanderung der Überlebenden, die tragischen Märsche durch die Wüsten, der Untergang in den Tiefen des Mare Monstrum. Der Bahnhof von Budapest gleicht Auschwitz. Die Züge der Flüchtlinge werden von den Polizisten und Soldaten in Schutzausstattungen aufgehalten, beschlagnahmt und versiegelt. Ein neuer Stacheldraht von 200 km an der Grenze zu Serbien, geschützt durch Tanks, Kettenfahrzeuge, Panzer und Elitetruppen, die trainiert wurden, um die Nato-Konflikte des dritten Jahrtausends zu bewältigen.

Von Antonio Mazzeo

Wer über den Balkan aus der Hölle der Kriege in Nahost und Afrika flieht, darf nicht nach Österreich oder Deutschland gelangen. Andere Züge werden von den Streitkräften der Tschechischen Republik aufgehalten. Die Unterarme der Flüchtlinge, inklusive der Kinder, werden mit unauslöschlichen Nummern markiert. Die Behörden in Prag und Wien ordnen die Verlegung Zehntausender Soldaten an die südöstlichen Grenzen ihrer Länder an. In Mazedonien wird der Notstand ausgerufen. Die Grenze zu Griechenland ist bewaffnet und hypermilitarisiert. Energische Massnahmen auch in Sofia, Null-Toleranz gegenüber Syrern und Afghanen. Die Gendarmerie und die militärischen Kettenfahrzeuge an den Grenzen zu Mazedonien, Griechenland und der Türkei. Und noch eine elektronische

Mauer mit einem hohen Stacheldraht, um das Lager-Festungseuropa zu bewachen. Feuerwaffen, Fässer, Hydranten, Gummigeschosse und Gas gegen Einwanderer im Kampf am Ärmelkanal oder in Ventimiglia und für Tausende Flüchtlinge, die auf die griechische Insel Kos oder auf die südlichen Küsten der Türkei gelangt sind.

Die Europäische Union bestätigt von Tag zu Tag intensiver, wie sie politisch-institutionell vollkommen versagt hat. Aber sie teilt im Einvernehmen die Methoden des xenophoben und rassistischen Krieges, der Zurückweisungen und der Verhaftungen.

Die Einheitswährung befindet sich im freien Fall, aber es besteht Einvernehmen über die Kürzungen der Sozialausgaben und über die Notwendigkeit einer Verstärkung der militärischen Offensive gegen den Migrantenfluss.

Aber der Sommer 2015 ist auch der Sommer von Dutzenden von Schiffseinheiten, Kriegsflugzeugen, Helikoptern und Drohnen, die die Gewässer des Mittelmeers patrouillieren und dabei das Ziel verfolgen, die Grenzen der Union nach Süden zu projizieren. Am 27. Juli begann die EU-Operation zur See EuNavFor Med «gegen die Schleuser und Schleppernetzwerke Nordafrikas».

Das Hauptkommando der Operation befindet sich im operativen Hauptquartier der EU in Rom-Centocelle, während konkret 14 europäische Staaten mit Personal und Ausrüstung an den Operationen teilnehmen, obwohl heute die Schiffseinheiten nur aus 4 Schiffen und 5 Helikoptern und Flugzeugen besteht. Der italienische Beitrag schliesst ein U-Boot und zwei Predator-Drohnen ein. Es finden sich insgesamt ungefähr 800 Männer im

Fortsetzung Seite 2

Konflikt Vietnam – China um das Ostmeer Friedensappell

In einem Appell zur Respektierung der territorialen Integrität und des Friedens fordern europäische Vietnam-Solidaritätskomitees und Friedensorganisationen die Volksrepublik China auf, die UNO-Seerechtskonvention zu respektieren, die Militarisierung des Ostmeeres und die schleichende Annektierung vietnamesischen Territoriums zu stoppen.

Vor 70 Jahren mündete die August-Revolution in die Proklamation der Unabhängigkeit Vietnams durch Präsident Ho Chi Minh auf dem Ba Dinh Platz in Hanoi. Am 2. September haben die Menschen in Vietnam und ihre Freunde rund um die Welt den 70. Jahrestag dieses Ereignisses gefeiert und dabei auch des aussergewöhnlichen Präsidenten gedacht, der alles für diese Unabhängigkeit gegeben und gleichzeitig für den Frieden gearbeitet hat.

Heute ist Vietnam mit der Verschärfung eines alten Konflikts mit China konfrontiert.

Mit grosser Sorge stellen wir fest, dass China seine Expansionspolitik im südchinesischen Meer – in Vietnam Ostmeer genannt – fortsetzt und daran ist, es mehr und mehr zu militarisieren. Seit Ende 2013 wird dieser Prozess beschleunigt vorangetrieben, in den letzten Monaten in einem noch Besorgnis erregenderen Rhythmus. China beansprucht 90% des Ostmeeres. Es hat den Truong Sa (Spratley) Archipel, welcher unter vietnamesischer Souveränität ist, besetzt und ist daran, mit grossen Mengen von Sand mehrere Inselchen und Riffs zu eigentlichen Inseln aufzuschütten. Auf dem

vietnamesischen Archipel Hoang Sa (Paracel), welchen China sich schon 1974 mit militärischer Gewalt angeeignet hatte, werden massive Bauten errichtet.

Inzwischen ist der Flughafen von 3125 m Länge auf Chu Thap, dem Riff, welches in eine riesige Insel verwandelt wurde, fertiggestellt. Die beiden anderen Flughäfen auf den erweiterten Riffs Vanh Khan und Subi sind im Bau. Gleichzeitig installiert China verschiedene militärtechnische Einrichtungen auf der Insel Chau Vien (Hoa Duong) und auf den vier zu neuen Inseln aufgeschütteten Riffs Tu Nghia (Dong Mon), Gac Ma (Xich Qua), Gaven (Nam Huan), welche zu Vietnam gehören, sowie Ken-nam (Tay Mon) unter philippinischer Souveränität. Nach und nach entstehen so eigentliche Militärbasen, 1400 km vom chinesischen Festland entfernt.

Durch diese Politik der vollendeten Tatsachen, Provokationen und Annektierungen, welche durch kein Land der Welt anerkannt werden, durch das Verändern des Status quo im Ostmeer, missachtet China das internationale Recht. Es verletzt die UNO-Seerechtskonvention UNCLOS

Fortsetzung Seite 2

BASLER FRAUENVEREINIGUNG
FÜR FRIEDEN UND FORTSCHRITT



Einladung

„Das Schicksal Afrikas auf den Rücken der Frauen“

Solidaritätsveranstaltung mit Zentralafrika

im Rahmen von

„16 Tage gegen Gewalt an Frauen“

am Donnerstag 26. November 2015

im Schmiedenhof, Basel

Eingang Rümelinsplatz

15 bis 18 Uhr Kaffeestube

Büchertisch, Informationsmaterial, Öl aus Palästina

19.00 Uhr Vortrag von Madeleine Winkler

Gründungsmitglied der humanitären

Hilfsorganisation so.sui.ben

mit anschliessender Diskussion



16
TAGE
GEGEN
GEWALT
AN FRAUEN
25.11. – 10.12.

Die Kampagne wird vom efd koordiniert (www.16tage.ch)

Krieg gegen Emigranten...

Fortsetzung von Seite 1

Einsatz. Dazu kommen die Einheiten und Abteilungen, die im Rahmen einer anderen Seeaufsichtsoperation tätig sind, die nur Italien unterstellt ist. Diese nennt sich Mare Sicuro (Sichere See) und wurde am 12. März 2015 nach der Verschärfung des libyschen Konfliktes ins Leben gerufen.

Brüssel hat festgelegt, dass die neue Seestreitkraft die Identifizierung und die Beobachtung der Schleppernetze durch das Sammeln der Informationen und die Überwachung der internationalen Gewässer vornehmen muss. In Wirklichkeit aber bereitet sich die Europäische Union darauf vor, regelrechte Kriegsoperationen im mittleren Mittelmeer und in Nordafrika selbst zu führen. Den Einheiten von EuNavFor Med wird nämlich auf mittlere Sicht der Auftrag erteilt, die Schiffe der Migranten und Asylbewerber, die sich bereits in libyschen Gewässern befinden, abzufangen und zu entern, bzw. zu bombardieren.

Am 19. Juni 2015 hat die Europäische Union einen Plan genehmigt, der einen militärischen Eingriff in drei Phasen vorsieht. Die erste sieht die Sammlung von nachrichtendienstlichen Daten über Schmugglernetzwerke und Patrouillen auf hoher See vor. Es folgt eine zweite Phase mit der direkten Intervention der militärischen Elitetruppen an Bord der Schiffe, die die Migranten transportieren, «um diese und ihre Schleuser aufzuhalten». Die dritte Phase besteht dann in der Ausweitung dieser Operationen auf die libyschen Hoheitsgewässer und «möglicherweise auch auf das libysche Inland». Die Interventionen werden direkt mit der NATO und den US-Streitkräften in Europa koordiniert, da sich «auf den Schiffen vielleicht auch Terroristen oder Kämpfer des IS befinden könnten».

Das Kommando der Alliierten in Kampanien (JFC Neapel) teilt jedoch bereits seit 2010 Informationen, die von den Schiffen und Flugmaschinen der Nato gesammelt werden, mit der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU (Frontex) und mit Europol. Nach einem Besuch des Chefkommandeurs der EuNavFor Med, dem italienischen Admiral Enrico Credendino Ende Juli 2015 in Washington erklärte General Martin Dempsey, der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte. «Wir müssen die Ressourcen nachhaltig vorbereiten, um diese Migrantenkrise in den nächsten 20 Jahren zu lösen». Wie dies zu tun wäre, erklärte der britische Premierminister Cameron. «Um das Übel an der Wurzel zu packen, werden wir im Oktober eine Kampagne von Luftangriffen gegen die Positionen des IS einher mit einer nachrichtendienstlichen Operation gegen die Menschenschleuser in Syrien und im Irak starten», erklärte der Premier gegenüber der Tageszeitung Sunday Times. Auch berühmte, westliche Militärstrategen und selbst die australische Regierung sind der Ansicht, dass die «Zunahme der Luftangriffe gegen das Kalifat die Migrantenflüsse verlangsamen könnte», vor allem einher mit einer Luft- und Seeoperation, die im Mittelmeer die sogenannten «begleiteten Zurückweisungen» übernehmen würde, ein politisch korrekter Ausdruck ganz im Stil des berühmten «humanitären Kriegs».

Infolge des Beschlusses der Regierung Renzi, die bestrittene militärische Operation Mare Nostrum einzustellen, die zu teuer und auch nicht in der Lage war, den Fluss der Boote der Migranten und Asylbewerber in Richtung Süditalien einzugrenzen, wurde am 1. November 2014 von Frontex die Operation Triton ins Leben gerufen, die hauptsächlich die Ziele verfolgte, das Meer zu kontrollieren und nur nebenbei zu «retten». Zu Beginn

hatte Frontex für die Patrouillentätigkeit 2,83 Millionen pro Monat, 65 «Agenten» und 12 Militärfahrzeuge vorgesehen. Der Bereich der Operationen beschränkte sich auf die italienischen Hoheitsgewässer und nur zum Teil auf die SAR (search and rescue)-Bereiche von Italien und Malta über einen Radius von nur 30 Seemeilen. Im Frühjahr fasste die europäische Kommission aber den Entschluss, das Programm Triton bis Ende 2015 zu verlängern und zu diesem Zwecke weitere 18 Millionen Euro freizugeben. Der Tätigkeitsbereich der militärischen Operationen wurde auf 138 Seemeilen südlich von Sizilien ausgeweitet.

Brüssel beabsichtigt auf jeden Fall, die Luft- und Seeoperationen der Agentur auch im nächsten Jahr zu finanzieren. Es wären nämlich weitere 45 Millionen für Triton 2016 und die Mission zwecks Eindämmung der Migration (Poseidon), die schon vor längerer Zeit in der Ägäis und in Griechenland ins Leben gerufen worden war, freigegeben.

Die EU hat auch die Entscheidung getroffen, in Sizilien die Mittelmeerzentrale von Frontex einzurichten. «Die regionale Basis wird ihren Sitz in Catania haben und wird ein Pilot-

projekt darstellen, das auch in anderen Mitgliedstaaten nachgeahmt werden kann und die sogenannten Hotspots betreffen wird. Darunter versteht man die von der EU-Kommission in ihrer Migrationsagenda vorgeschlagenen Zentren, auf die man die landenden Migranten konzentrieren kann, um sie einem ersten Screening zu unterziehen», erklärte der Direktor von Frontex, Fabrice Leggeri. Für die neuen Zentren, die den Umsatz der örtlichen und nationalen Mafia erhöhen werden, ist schon eine erste Liste (ehemaliger) Kasernen bereit. «Das Verteidigungsministerium arbeitet sehr eng mit allen anderen staatlichen Institutionen zusammen, um Infrastrukturen und ungenutzte militärische Standorte bereitzustellen und sie für die Aufnahme von Migranten einzusetzen», kündigte die Ministerin Roberta Pinotti Ende August an. In Sizilien steht in Messina bereits der (ehemalige) Standort der italienischen Streitkräfte von Biscontre zur Verfügung, der bis zu 800 «Gäste» aufnehmen kann.

Der talienische Friedensforscher und Journalist Antonio Mazzeo ist spezialisiert auf Militarisation, Umwelt, Menschenrechte und Bekämpfung der Mafia. Quelle Text und Bild: Tlaxcala-int.org. Übersetzung: Milena Rampoldi

Wie kann die Flüchtlingsflut gestoppt werden?**Wer Waffen sät...**

Wie kann die heutige Flut von politischen Flüchtlingen gestoppt werden? Beendet den vom Westen geführten Krieg gegen Syrien, meint Eric Margolis. Heute. Hört auf mit der Bewaffnung und Finanzierung der anti-Assad-Jihadisten.

Von Eric Margolis

Erinnern Sie sich, wie Amerika 2003 ausser sich geriet vor Wut darüber, dass Frankreich sich weigerte, den Einmarsch der Vereinigten Staaten von Amerika in den Irak zu unterstützen? Präsident Jaques Chirac und Premierminister Dominique de Villepin warnten, dass George Bushs grundlose Aggression gegen den Irak den Mittleren Osten destabilisieren und zu ungeahnten Gefahren für Europa führen wird.

Syrien einzumarschieren und die Hezbollah im Libanon zu zerstören. Das geschah in der Periode, in der Bush dem britannischen Tony Blair gegenüber damit angab, dass die Vereinigten Staaten von Amerika auch vorhaben, in Pakistan einzumarschieren. Fand der Einmarsch in Syrien deswegen nicht statt, weil einige wenige intelligente Menschen in Washington die Frage stellten, wen Washington an die Macht bringen wolle, um Syrien zu regieren? Die einzige Alternative zur Regierung Assad bildete damals



«Sie sind nicht hinter unserem Wohlstand her, sondern fliehen vor unseren Bomben» – Plakat an einer Solidaritäts-Kundgebung mit Flüchtlingen vom September in London. Foto: Middle East Monitor

Amerikas Antwort auf die weise Warnung war die Änderung der Bezeichnung «French fries» («Französische Fritten») in «Liberty fries» («Freiheitsfritten») und die Fortsetzung der Invasion des Irak. Präsident Saddam Hussein warnte, dass ein amerikanischer Einmarsch die «Mutter aller Schlachten» in Gang setzen und «die Tore der Hölle öffnen» wird.

Die französischen Anführer und Saddam Hussein hatten absolut recht, wie jetzt durch die Wellen von verzweifelten Flüchtlingen aus dem Mittleren Osten, die nach Europa strömen, und die tobenden Wilden des Islamischen Staates bestätigt wird.

2006 plante die Bush-Administration unter dem Applaus Israels, nach

dem Königreich und Frankreich bewaffnet, geführt und ausgebildet. Sie wurden bezahlt von Saudiarabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten – unter der strikten Auflage, dass sich die Jihadisten vom saudischen Königreich fernhielten. Teams von Kriegspsychologen der Vereinigten Staaten von Amerika schürten Hass zwischen sunnitischen und schiitischen Moslems, eine Teile und Herrsche-Taktik, die sich im Irak bewährt hatte.

Harte Gangart

Vier Jahre später brach dann der Sturm los gegen Syrien, das nach mehr als vier Jahren innerstädtischer Kriegsführung mehr oder weniger aus Ruinen besteht. Über 9,5 Millionen von Syriens 22,8 Millionen Einwohnern wurden zu Flüchtlingen gemacht: 6,5 Millionen sind obdachlose Inlandsflüchtlinge, drei Millionen sind in die Türkei, in den Libanon und nach Jordanien geflüchtet.

Jetzt bricht Welle über Welle von grösstenteils syrischen Flüchtlingen über Europa herein, wobei der Grossteil das Gelobte Land Deutschland erreichen will, das sie – vorerst – mit beeindruckender Grosszügigkeit und Freundlichkeit empfangen hat. Im Gegensatz zur deutschen Reaktion steht die von Ungarn, der Slowakischen Republik, Polens und der Tschechischen Republik, die hergingen und sagten, dass sie keine Moslems wollen (obwohl viele syrische Flüchtlinge Christen sind). Ungarns kaltschnäuzige Reaktion rief Erinnerungen an die 1940er Jahre wach. Frankreich war nicht viel besser.

Ebenfalls bemerkenswert in punkto harter Gangart und antimuslimischen Gefühlen war Kanada, einst ein Leuchtturm für Flüchtlinge. Sein islamophobischer, fanatisch proisraelischer Premierminister Stephen Harper wurde letztendlich durch einen öffentlichen Aufschrei gezwungen, eine kleine Anzahl von Flüchtlingen zuzulassen. Israel, das letztes Jahr 600 000 französische Juden eingeladen hatte, zu kommen und sich anzusiedeln, sagte, dass es keinen Platz hat für arabische Flüchtlinge.

In der Tat – es gibt noch immer fünf Millionen staatenlose palästinensische Flüchtlinge infolge der ethnischen Säuberung der palästinensischen arabischen Bevölkerung in den Jahren 1947–48, welche indirekt sowohl von den Vereinigten Staaten von Amerika als auch von der Sowjetunion unterstützt wurde.

Wer Waffen sät, erntet Flüchtlinge

Wie kann die heutige Flut von politischen Flüchtlingen gestoppt werden? Beendet den vom Westen geführten Krieg gegen Syrien. Heute. Hört auf mit der Bewaffnung und Finanzierung der anti-Assad-Jihadisten. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Saudis können das Blutbad in Syrien rasch beenden, indem sie den Nachschub von Waffen und Geld einstellen.

Denken wir an die Warnungen von Chirac und De Villepin, wenn wir im Westen all das scheinheilige Moralisieren über die Flüchtlinge hören. Im Irak gibt es jetzt 3,1 Millionen vertriebene Menschen als Ergebnis des Einmarsches der Vereinigten Staaten von Amerika. Rechnen Sie zwei Millionen Flüchtlinge in Afghanistan dazu, die durch die Einmärsche der Sowjetunion und danach der Vereinigten Staaten von Amerika verursacht wurden. Rechnen Sie Somalia und Libyen hinzu. Das alles ist das Ergebnis der fehlgeleiteten militärischen Abenteuer des Westens.

Eric Margolis (73) ist ein preisgekrönter US-Journalist und Kommentator. Seine Kolumnen erschienen u.a. in der New York Times und der International Herald Tribune. Margolis lebt in New York und Paris. Quelle: antikrieg.com

Herzlichen Dank!

Herzlichen Dank all jenen, die mit ihren kleinen und grossen Spenden die Herausgabe dieser Zeitung ermöglichen: Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7. Ein Einzahlungsschein liegt bei.

Besuchen Sie friedensbewegung.ch und informieren Sie sich über weitere Unterstützungsmöglichkeiten. Dort können Sie auch die beliebten Karten mit Picasso-Friedensmotiven bestellen.

Friedensappell

Fortsetzung von Seite 1

aus dem Jahr 1982, welche es mitunterzeichnet hat.

Mit dieser Politik gefährdet China Frieden, Stabilität und freie Schifffahrt in der Region.

Wir, mit Vietnam befreundete und für eine konstruktive und harmonische Entwicklung engagierte Organisationen, die Frieden und Gerechtigkeit anstreben, wir können diese gefährliche Eskalation nicht hinnehmen.

Daher erheben wir die Stimme

- um zu protestieren gegen die Annekturen und die Veränderungen des Status quo auf den Paracel-Inseln und dem Spratley-Archipel im Ostmeer
- um den Respekt einzufordern für – die Souveränität Vietnams und aller Anrainerstaaten
- die Deklaration zu den Verhaltensregeln zwischen den ASEAN-Staaten und China (DOC)
- das internationale Recht
- den Frieden
- die freie Schifffahrt
- um Vietnam und die andern Anrainerstaaten zu unterstützen bei der Wahrung ihrer nationalen Souveränität und territorialen Integrität
- um eine rasche Aufnahme von konstruktiven Verhandlungen Chinas mit der ASEAN zu fordern
- um uns zu engagieren für Frieden und Gerechtigkeit, für eine Welt ohne Krieg.

Für langfristig stabile Beziehungen zwischen China und Vietnam braucht es ein definitives Abkommen über die maritimen Grenzen, analog zur Übereinkunft zwischen China und Vietnam, welche vor ein paar Jahren die Grenzziehung auf dem Festland abgeschlossen hat.

Vor kurzem haben die beiden Länder eine gemischte interparlamentarische Gruppe gebildet, um eine verbindliche Lösung für die Grenzziehung im Meer zu finden. Wir rufen beide Parteien auf, die Arbeit erneut aufzunehmen und intensive Verhandlungen zu führen, damit auch diese zweite intergouvernementale Kommission zu Resultaten kommt, wie sie für die Grenzziehung auf dem Festland gefunden wurden.

In diesem Sinne wenden wir uns an die internationale Gemeinschaft und an UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon mit dem dringenden Ersuchen, sich für die Respektierung des internationalen Rechts und einer friedlichen Regelung des Konflikts einzusetzen.

Association d'Amitié Franco-Vietnamienne; Centro di Studi Vietnamiti Torino; Associazione Nazionale Italia-Vietnam; Freundschaftsgesellschaft Vietnam (Deutschland); Vereinigung Schweiz-Vietnam/Association Suisse-Vietnam; Association Belgique Vietnam; Asociacion de Amizade Galiza-Vietnam; Al Burke, Co-ordinator of the Environmental Conference on Cambodia, Laos & Vietnam in Sweden; Schweizerische Friedensbewegung SFB; Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt BFFF; Centrale sanitaire italienische Schweiz; VietAmitié Paris; Amis France-Vietnam; Liserons de France u.a.

20 Schritte zu einem Umbruch im Konflikt zwischen Israel und Palästina

Macht Ost-Jerusalem zur Hauptstadt Palästinas

Die bekannte Kolumnistin der israelischen Zeitung Haaretz, Amira Hass, hat Mitte Oktober zwanzig Schritte vorgeschlagen, welche ihrer Ansicht nach die Lage im Konflikt zwischen Israel und Palästina «total verändern und weniger schmerzvoll als die Alternative» sein würden.

Von Amira Hass

Israel ist wie der Geizhals, der das Futter für sein Pferd stufenweise abbaut. Es hat die Politik des Teilens, des Zerkrümelns und Eroberns in seiner Behandlung der Palästinenser perfektioniert. Aber es kam noch dazu, dass die Hauptstadt – Ost-Jerusalem – von seinem Volk abgeschnitten wurde. Wie dieser Geizhals dachte Israel, all dies würde laufen, um ins Guinness-Buch der kolonialen Rekorde zu kommen.

Aber das Pferd starb und Jerusalems Palästinenser rebellieren. Der Geizhals ist schockiert. Wie konnte das Pferd gerade jetzt sterben, wo es sich daran gewohnt hatte, nichts zu fressen? Viele Israelis taumeln. Wo kommt diese Gewalt denn her?

Offiziellen Sprechern ist es gelungen, die öffentliche Meinung zu verwirren. «Die Palästinenser in Ost-Jerusalem wollen nicht unter der palästinensischen Behörde leben. Das ist ein Zeichen dafür, dass unsere Regierung gut für sie ist», sagten sie. «Sie wollen die nationale Versicherung und die Krankenversicherung», rühmen sich die Besserwisser gegenüber den Journalisten. Diese Besserwisser fügen natürlich nie hinzu, dass Israel die kriminelle Verantwortung für die Armut der Palästinenser in der annektierten Stadt trägt und sie zu Sozialfällen werden lässt.

«Die Palästinenser in Jerusalem wollen die (israelische) Staatsbürgerschaft, weil Israel wundervoll ist», sagten sie, als sie Zahlen derer veröffentlichten, die sie beantragen. Aber sie blenden eine einfache Tatsache aus: Jerusalems Palästinenser versuchen die Staatsbürgerschaft zu bekommen, um sicher zu gehen, dass sie nicht aus ihrem Land und ihrer Stadt vertrieben werden.

Der Geizhals dachte, dass Jerusalem, aus der Ferne und für Besucher gesperrt, vom Rest der Palästinenser vergessen werden würde. Der Geizhals hat Unrecht. Wenn israelische Juden die Katastrophe stoppen wollen, die sich in Jerusalem und anderswo zusammenbraut, so müssen sie von der israelischen Regierung Folgendes verlangen:

- Die Einleitung einer sofortigen Untersuchung über die Tötung von Fadi Alun von Isawiyah (...). Er wurde von einem nicht identifizierten Polizisten erschossen, als er verletzt auf dem Boden lag.
- Die Einstellung bewaffneter Polizeiüberfälle in Stadtteilen wie Isawiyah und Jabal Mukkaber und die Einstellung der Verprügelungen der Bewohner und der Besprühung deren Häuser mit stinkendem Wasser.
- Die Aufhebung aller Eingangseinschränkungen für Palästinenser zur Jerusalemer Altstadt und zum Al-Aqsa-Gelände.
- Den Befehl an die Polizei, den Palästinensern keine Bussen zettel aus Gründen zu geben, für die sie Juden nie erhalten würden.
- Die Aufhebung des Verbots gegen die Murabitun und Murabitat (Tempelbergwächter der islamischen Bewegung) und Aufhebung des Verbots für Palästinenser, einschliesslich Mitglieder der Knesset, zu schreiben und zu fluchen.
- Die Entlassung der palästinensischen Demonstranten, die im vergangenen Jahr verhaftet wurden (und nicht unter Verdacht der Nutzung tödlicher Waffen oder des Mordverdachts stehen)

- Die Einstellung der Politik der Hauszerstörungen als kollektive Strafe und die umgehende Kompensierung ihrer Opfer.
- Die Einleitung sofortiger Anpassungen der Aufenthaltsgesetze, die klären, dass die Einwohner Jerusalems ihr Aufenthaltsrecht immer beibehalten, auch wenn sie ausserhalb der Stadt leben.
- Die sofortige Wiederherstellung des Aufenthaltsstatus für die 14 000 Jerusalemer und ihrer Nachkommen, denen sie seit 1967 entzogen wurde.

- Die Aufhebung aller Abrissverordnungen gegen palästinensische Häuser, die in der Stadt ohne Genehmigung gebaut wurden.
- Die Rückgabe an Ost-Jerusalem aller enteigneten Ländereien oder die Zuteilung vergleichbarer Landstücke als Ersatz für die Bereiche, auf denen Siedlungen entstanden sind (z.B. die «jüdischen Stadtteile von Jerusalem»).
- Die Planung öffentlicher, von Israel finanzierter Wohnbauprojekte für die Palästinenser, unter der Führung palästinensischer Planer, Soziologen und sozialer Aktivisten.
- Die Enteignung des «Sharon-Hauses» im muslimischen Altstadtviertel und die Einrichtung des Haupt-

- Die Aufhebung aller Abrissverordnungen gegen palästinensische Häuser, die in der Stadt ohne Genehmigung gebaut wurden.
- Den sofortigen Beginn der Reparaturen an den Infrastrukturen und Gebäuden in Ostjerusalem und Verbesserung der Gemeindedienstleistungen vor Ort.
- Die Anordnung der Entfernung innerhalb eines Jahres von nationalistischen, extremen Siedlern und ihrer Institutionen aus der Altstadt und aus den anderen Stadtteilen Ostjerusalems, weil sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und für Recht und Ordnung im gesamten Gebiet darstellen.
- Die Wiedereröffnung des Orienthauses als Hauptquartier für die palästinensische Autonomiebehörde

- Die Entschuldigung für die 50 Jahre Vertreibung, Diskriminierung, Demütigung und Verarmung.
- Die Erklärung dessen, dass diese Schritte nur als die Vorbereitung der Zerstörung der Trennmauer zwischen dem Westjordanland und Ostjerusalem dienen.
- Die Erklärung dessen, dass das Siedlungsunternehmen eine nationale Katastrophe darstellt, die das Wohlbefinden des Landes und seiner beiden Völker bedroht. Die Ankündigung eines 5-Jahresplans, um die Siedler aus dem Westjordanland nach Hause zu bringen oder in Alternative dazu die Erteilung der palästinensischen Staatsbürgerschaft an sie, ohne übermässige Rechte mit Unterwerfung unter das palästinensische Recht und mit dessen Genehmigung, unter Berücksichtigung der Strafregistereinträge der betreffenden Siedler. Dies würde die Siedler in Jerusalems Altstadt und in Hebron einschliessen. Eine ähnliche Erklärung, nach der alle Gemeinden, in denen die Siedler leben, als Teil eines Ausgleichs- und Entschädigungsplans, den Palästinensern offen stehen und ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, falls sie dort leben möchten.
- Die Erklärung dessen, dass all diese Schritte als Vorbereitung dienen, um Ost-Jerusalem zur Hauptstadt des palästinensischen Staates zu machen, indem man beschleunigte Verhandlungen mit einem dichten Zeitplan von Rückzügen führt.



Tausende von Israelis und Palästinensern demonstrieren Mitte Oktober an einem Marsch in Jerusalem für ein friedliches und würdiges Zusammenleben ihrer Völker. Foto Dawn

Palästinenser kämpfen um ihr Leben, Israel um die Besetzung

Ja, das ist ein Krieg

Den Israeli falle erst auf, dass es einen Krieg gibt, wenn Juden ermordet werden, meint Amira Hass in der israelischen Zeitung Haaretz. «Aber dies klammert nicht die Tatsache aus, dass die Palästinenser jederzeit getötet werden und dass wir immer alles tun, was in unserer Macht steht, um ihr Leben unerträglich zu machen.»

Von Amira Hass

Ja, das ist ein Krieg. Premierminister Benjamin Netanjahu hat mit seinem Mandat von Seiten des Volkes dessen Intensivierung angeordnet. Er hörte nicht einmal in ruhigeren Zeiten auf die versöhnenden und toleranten Botschaften des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas. Warum sollte er es dann heute tun?

Netanjahu intensiviert den Krieg vor allem in Ostjerusalem, mit Orgien kollektiver Bestrafung. Des Weiteren offenbart er dadurch den israelischen Erfolg, der darin besteht, Jerusalem vom Grossteil der palästinensischen Bevölkerung abzutrennen, indem er die Abwesenheit der palästinensischen Führung in Ostjerusalem und die Schwäche der Regierung in Ramallah betont, wobei die Regierung in Ramallah gerade versucht, die Abdrift im übrigen Westjordanland aufzuhalten.

Der Krieg begann nicht (...) mit den jüdischen Opfern und wird auch nicht enden, wenn keine Juden ermordet werden. Die Palästinenser kämpfen im wahren Sinne des Wortes um ihr Leben. Wir israelische Juden kämpfen um unser Privileg als Nation der

Herren, im hässlichsten Sinne des Wortes.

Uns fällt erst auf, dass es einen Krieg gibt, wenn Juden ermordet werden. Aber dies klammert nicht die Tatsache aus, dass die Palästinenser jederzeit getötet werden und dass wir immer alles tun, was in unserer Macht steht, um ihr Leben unerträglich zu machen.

Meistens geht es um einen einseitigen Krieg, den wir verursachen, damit sie dann ihrem Herrn «Ja» sagen, oder «Danke», dafür, dass er sie in ihren Reservaten am Leben lässt. Wenn etwas in der Einseitigkeit des Krieges schief geht und Juden ermordet werden, dann passen wir auf.

Die jungen Palästinenser gehen nicht aus, um Juden zu töten, weil sie Juden sind, sondern weil sie deren Besatzer, deren Folterer sind, deren Verhafter, die Diebe ihres Landes und ihres Wassers, diejenigen, die sie ins Exil schicken, die, die ihre Häuser zerstören und deren Horizont versperren. Die jungen, rachesüchtigen und verzweifelten Palästinenser sind bereit, ihr Leben hinzugeben und ihren Familien ein grosses Leid zuzufügen, weil der Feind, dem sie jeden Tag begegnen, ihnen einfach nur beweist, dass seine Bösartigkeit grenzenlos ist.

Sogar die Sprache ist böswillig. Juden werden ermordet, Palästinenser werden umgebracht und sterben. Ist das so? Das Problem fängt nicht damit an, dass es uns nicht erlaubt ist zu schreiben, dass ein Soldat oder ein Polizeioffizier Palästinenser aus einer nahen Entfernung ermordet hat, wenn sein Leben gar nicht in Gefahr war, oder durch Fernbedienung aus einem Flugzeug, oder durch eine Drohne. Aber es ist ein Teil des Problems. Unsere Wahrnehmung ist von einer retroaktiv zensierten Sprache gefesselt, die die Wirklichkeit verzerrt. In unserer Sprache werden Juden deshalb ermordet, weil sie Juden sind. Die Palästinenser hingegen finden den Tod und das Elend, weil sie vielleicht genau auf der Suche danach sind.

Unsere Weltanschauung ist durch den permanenten Betrug der israelischen Medien geprägt, durch ihre Pflichtverletzung über Geschehnisse Bericht zu erstatten, oder ihre mangelnde technische und emotionale Fähigkeit über all die Details zu berichten in dem Weltkrieg, den wir führen, um unsere Überlegenheit im Land zwischen Fluss und Meer zu behalten.

Auch diese Tageszeitung verfügt nicht über die wirtschaftlichen Ressourcen, um 10 Reporter anzustellen und 20 Seiten mit Berichten über alle Anschläge während der Zeiten der Eskalation und über alle Angriffe in ruhigen Zeiten zu berichten, und dies von den Schüssen, über den Bau einer Strasse, die ein Dorf zerstört, bis hin

Ist das vielleicht eine Wahnvorstellung? Ich glaube nicht, denn diese Lösung wäre viel weniger schmerzhaft als die Zerstörung dieses Landes und der beiden Völker, die hier leben.

Quelle: www.haaretz.com. Übersetzt von Ellen Rohlf (www.tlaxcala-int.org). Erscheinungsdatum des Originalartikels: 12/10/2015

zur Legalisierung des Aussenpostens einer Siedlung und zu Millionen von Angriffen. Und dies geschieht Tag für Tag. Die zufälligen Beispiele, über die wir in der Lage sind zu berichten, sind nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Sie haben auch keinerlei Einfluss auf das Verständnis der Situation durch die Mehrheit der Israelis.

Das Ziel dieses einseitigen Krieges besteht darin, die Palästinenser dazu zu zwingen, alle ihre nationalen Forderungen in ihrer Heimat aufzugeben. Netanjahu will die Eskalation, weil die Erfahrung bisher bewiesen hat, dass ruhige Zeiträume nach dem Blutvergiessen uns nicht zum Ausgangspunkt zurückführen, sondern zu einem neuen Tiefpunkt im palästinensischen politischen System. Und dies bringt für die Juden im Gross-Israel nur zusätzliche Vorteile.

Die Privilegien sind der Hauptfaktor, der unser Verständnis der Wirklichkeit verzerrt und uns blind macht. Daher sind wir nicht mehr in der Lage, zu verstehen, dass das palästinensische Volk mit seiner schwachen, «anwesenden-abwesenden» Führung, eingeschlossen in ihren Indianerreservaten, nicht aufgeben werden und weiterhin die notwendige Stärke finden werden, um sich unserer böswilligen Herrschaft zu widersetzen.

Quelle: www.haaretz.com. Übersetzung Milena Rampoldi (www.tlaxcala-int.org)



Russische Maus bedroht US-amerikanischen Elefanten

Die Russen kommen!

Hat wirklich jemand gedacht, dass der sehr zähe Putin nichts tun würde, während die Vereinigten Staaten von Amerika und deren Alliierte Syrien in Stücke reissen? Wie dumm und arrogant wäre das, meint Eric Margolis: Imperiale Überheblichkeit gepaart mit dreister Ignoranz.

Von Eric Margolis

«Die Russen kommen! Die Russen kommen!» Dieser Schrei hallt seit dem Sommer aus dem Pentagon, den Medien der Vereinigten Staaten von Amerika und den republikanischen Kandidaten um das Amt des Präsidenten.

Wie dämlich. Es scheint, dass die Russen sechs Panzer nach Syrien geschickt haben, einiges an Artillerie und einen Haufen von Militärtechnikern in zwei Militärstützpunkten an der Küste Syriens in der Nähe von Latakia. Laut den republikanischen Kriegstreibern greifen die verflixten Sowjets ... ups, 'tschuldigung, Russen ... militärisch in den fünf Jahre alten Krieg in Syrien ein und planen neue Militärbasen in dem strategisch wichtigen Land am Mittelmeer.

Das ist wie der Esel, der den Hasen Langohr schimpft. Die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen um die 800 militärischen Einrichtungen rund um die Erde. Russland betreibt nur eine Handvoll kleiner Basen in der Nähe seiner Grenzen.

Die Ausnahme bildet Syrien, wo Russland seit fast 50 Jahren eine kleine Nachschub-/Reparaturanlage in Tartus und eine elektronische Abhöranlage betreibt. Seit langer Zeit ist Russland Syriens wichtigster ausländischer Verbündeter und Waffenlieferant.

Westen zielt auf Assad

Während die Vereinigten Staaten von Amerika nahezu den gesamten Mittleren Osten beherrschten – ich bezeichne das als American Raj – wurde Syrien als eine beschränkte sowjetische/russische Einflussphäre betrachtet. Das ist alles.

Washington entzündete den Bürgerkrieg in Syrien, indem es Anti-Regierungskräfte aus dem Libanon und aus Jordanien ins Land einschleuste. Im Lauf der letzten fünf Jahre haben die Vereinigten Staaten von Amerika gemeinsam mit Israel, Frankreich, Britannien und Saudiarabien die syrischen Anti-Assad-Rebellen bewaffnet, finanziert und geleitet. Die Saudis hetzten ihre geheime Waffe gegen Damaskus, die syrisch-irakische Bewegung des Islamischen Staates.

Das Ziel des Westens in Syrien war der Sturz der Regierung, weil diese so eng verbündet ist mit dem Iran, der Hezbollah des Libanon und Russland. Präsident Bashar Assads säkulare Regierung in Damaskus schafft es gerade, die Rebellen und Mobs fanati-

scher Jihadisten abzuhalten, die von den Saudis und Washington geschickt werden – welches vorgibt, den Islamischen Staat zu bekämpfen. In Wirklichkeit ist der Islamische Staat, oder IS, ein geheimer Alliiertes Amerikas.

Erstaunlicherweise sieht es so aus, als ob wenige der Machtzentren in Washington damit gerechnet hätten, dass die Machinationen der Vereinigten Staaten von Amerika in Syrien letztendlich eine russische Reaktion provozieren würden.

Republikanische Kandidaten wie Marco Rubio, Ted Cruz und Carly Fiorina schienen ganz kribbelig auf einen Krieg gegen Russland zu sein. Das sind Kreaturen von Amerikas wichtigstem Neokonservativen, dem Kasinomogul Sheldon Adelson. Die meisten Nichtamerikaner müssen erschrocken sein, diese Kriegstreiber und die Begünstigung von Israels ganz weit rechts stehender Rechten mitzuverfolgen.

Das Imperium diktiert

Man fragt sich, ob dies Amateurstrategen mehr als eine syrische Stadt beim Namen nennen können. Oder ob sie begreifen dass Syrien so nahe bei Russland liegt wie Columbus, Ohio bei New York? Erinnert sich jemand, dass im 19. Jahrhundert Russland behauptete, der Beschützer der Christen im Mittleren Osten zu sein? Letzthin erneuerte Präsident Vladimir Putin dieses Versprechen, indem er sagte, er wolle die 2 Millionen Christen der Levante beschützen, die jetzt ernstlich durch den IS bedroht sind.

Warum dürfen die Vereinigten Staaten von Amerika Militärbasen an

Orten wie Djibouti, Okinawa, Diego Garcia, Uganda, Somalia, Qatar, Afghanistan, Südkorea, Bulgarien, Japan, Italien, Rumänien, Pakistan, Irak und Spanien betreiben, um nur einige wenige zu nennen, während es für Russland ein grosses Nein setzt, wenn es wagt, eine ganz kleine Basis in Syrien zu haben?

Weil das Imperium nein sagt.

Vorsichtiger Putin ist Glücksfall für den Westen

Russlands Militärbudget beträgt ein Zehntel dessen der Vereinigten Staaten von Amerika. Zusammen mit ihren reichen Alliierten wie Europa und Japan entfallen auf die Vereinigten Staaten von Amerika 70% der weltweiten Militärausgaben. Die einzige reale Gefahr, die Russland für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika darstellt, wird sich einstellen, wenn Washingtons ungeschicktes Murksen in Syrien, im Irak und in der Ukraine einen direkten Zusammenstoss mit Russlands militärischen Kräften provoziert.

Der Westen kann von Glück reden, dass er den vorsichtigen nüchternen Vladimir Putin im Krenl hat. Dieser hat bereits einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland in Syrien abgewendet und fordert wieder direkte Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland über die ansteigende Krise.

Aber hat wirklich jemand gedacht, dass der sehr zähe Putin nichts tun würde, während die Vereinigten Staaten von Amerika und deren Alliierte Syrien in Stücke reissen?

Wie dumm und arrogant wäre das. Imperiale Überheblichkeit gepaart mit dreister Ignoranz.

Quelle: antikrieg.com

Also doch: US-Soldaten kämpfen in Syrien

Stiefel auf Boden

In einer Rede in der Defense One-Konferenz, in der er wiederholt betonte, dass die sich auf dem Weg nach Syrien befindenden Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika nicht in einer «Kampfmision» sind, räumte der stellvertretende nationale Sicherheitsberater Ben Rhodes ein, dass die Soldaten gegen die ISIS-Kräfte zu Einsätzen kommen, bei denen sie selbst kämpfen werden.

Von Jason Ditz

Ben Rhodes Worte steigern nur die Verwirrung rund um die Mission, in deren Rahmen 30–50 Mann Bodentruppen der Vereinigten Staaten von Amerika nach Syrien geschickt und dort in eine andere Kampfgruppe in der Provinz Hasakeh eingebunden werden sollen, vermutlich der kur-

dischen YPG unter dem Deckmantel der «Demokratischen Kräfte».

Nach der Ankündigung des Einsatzes am Ende Oktober betonten Regierungsvertreter feberhaft, dass dieser in Syrien völlig «kampfflos» verlaufen würde und erweckten die Vorstellung, dass die Soldaten sich in einem «Quasi-Hauptquartier» aufhalten würden, statt sich selbst an Kampfhandlungen zu beteiligen, sodass die Operation rein Beraterisch bleiben würde.

Diese Variante wurde allerdings gleich danach verworfen und Rhodes sagt jetzt, dass sie schon Einsätze machen werden, die manchmal Kampfhandlungen beinhalten, aber dass die Soldaten nicht öfter bei Einsätzen sein werden als nicht im Einsatz, was heisst, dass der Kampf nicht «die Norm» sein wird.

Dramatische Revision

Diese Andeutung, dass die Bodentruppen über die Hälfte der Zeit nicht mit Kampfhandlungen beschäftigt sein werden und es sich somit um «keinen Kampfeinsatz» handelt, ist eine weitere dramatische revisionistische Wendung für die Administration, nachdem diese «Stiefel auf dem Boden» grundsätzlich ausgeschlossen und wiederholt betont hat, dass es nie eine Bodenpräsenz der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb Syriens geben werde. Quelle: antikrieg.com



Türkei: Desinformation als Waffe

Kein Platz für Kritik

Die türkische Jugend stehe unter starkem Einfluss der widersprüchlichen Informationen der Medien ihres Landes, meint Gizem Şimşek. Die meisten Jungen wüssten nicht mehr, wem sie glauben sollen.

Von Gizem Şimşek

In den letzten Jahren sehen wir in der Türkei eine Generation aufkommen, die gegen eine Regierung zusammensteht, welche sich weigert, ihr zuzuhören. Durch den gemeinsamen Gegner war die Jugend in der Lage, ihre lange diskutierten Differenzen beiseite zu legen, insbesondere diejenigen zwischen Kurden und Türken. Junge Leute mit verschiedenstem Hintergrund sah man gemeinsam in den Gezi-Park-Protesten 2013. Auch in Europa hat sich so die kurdische und türkische Jugend mehr und mehr vereint, die eine grosse Unterstützung für den Aufstieg der HDP (Demokratische Partei der Völker) waren.

Doch diese Jugend ist immer noch unter dem starken Einfluss der widersprüchlichen Informationen in den türkischen Medien. Die meisten Leute wissen nicht mehr, wem sie glauben sollen.

Wenn sich heute die Jugend in den grossen Städten zu Demonstrationen versammelt, sehen wir eine linke Minderheit, die sich für die Mehrheit hält. Ihre Kommunikationskanäle sind vorwiegend Soziale Medien (wie Facebook und Twitter). Das führt dazu, dass wichtige Neuigkeiten in den Sozialen Medien verbleiben und nicht die Leute in den Regionen erreichen, die ihre Nachrichten aus den kontrollierten Zeitungen und TV-Kanälen beziehen. Diese Leute machen jedoch einen grossen zahlenmässigen Unterschied bei Wahlen. Von ihnen kann die AKP erwarten, dass sie das, was sie hören, ohne zu hinterfragen als Wahrheit akzeptieren. Dies ist das Resultat eines Bildungssystems, in dem kritisches Denken keinen Platz hat. Der Genozid an den Armeniern oder das Dersim-Massaker werden in der Schule nie erwähnt und auch ausserhalb wird kaum darüber gesprochen. Die Rolle der Türkei im zweiten Weltkrieg wird im Geschichtsunterricht allenfalls in Form von Daten und Opferzahlen erwähnt. Das führt zu einer Verwirrung je nach ethnischer Herkunft und dem dadurch geprägten Geschichtsbewusstsein.

Wie die meisten europäischen Länder heute wissen, galt selbst das Sprechen über diese Themen als Verbrechen. Leute, die es dennoch getan haben, wurden verfolgt. Es ist eigentlich eine Ironie, dass erst unter der nunmehr 13-jährigen Herrschaft einer religiös-konservativen Partei ein paar Intellektuelle wie Hasan Cemal und Zülfü Livaneli den Mut aufgebracht haben, eine Diskussion über diese Themen anzuregen. Es hat sich nicht viel verändert, wenn wir sehen, wie über die heutige Situation nicht offen gesprochen wird. Wenn beispielsweise die Aleviten in Adıyaman mit Kreuzen für Zielübungen an ihren Türen aufwachen und sich in ihren eigenen Häusern nicht mehr sicher fühlen. Oder wenn die Regierung eine achtstägige Ausgangssperre in Cizre verhängt, nachdem sie Kurdische Zivilisten angegriffen hat, die sie als Terroristen bezeichnet.

Die Gründer der AKP haben alle einen stark religiösen Hintergrund und erwarten von den staatlichen Institutio-

onen, insbesondere dem Bildungssystem, ihre Regeln zu befolgen. Dieser Machtwechsel und die Art und Weise, wie Wissen kontrolliert wird hat es den Medien verunmöglicht Meinungsäusserungsfreiheit auszuüben. Die meisten befinden sich heute unter direkter Kontrolle dieser religiösen Partei und arbeiten für ihre Interessen. Mehr als 80 Prozent der Massenmedien inklusive des staatlichen TV-Senders mit mehr als 4 untergeordneten Kanälen (in arabisch, türkisch und vielen anderen Turksprachen) sind vom Staat kontrolliert. Das lässt wenig Raum für objektive Berichterstattung. Die übrigen Kanäle haben nicht wirklich eine grosse Plattform. Das führt dazu, dass eine Oppositionspartei gezwungen ist, sich ständig gegen das zu wehren, was die herrschende Partei ihnen gerade an den Kopf zu werfen beliebt. Wie die meisten von uns wissen, ist es das, womit sich die HDP in den letzten Jahren auseinandersetzen musste.

Folglich weiss die türkische Jugend nicht wirklich, welcher Information sie vertrauen kann und noch wichtiger, wem sie vertrauen kann.

Im 2015 wurde die fortschrittliche Jugend der Türkei in Suruç und kürzlich in Ankara angegriffen. Obwohl ISIS sich zum Anschlag in Suruç bekannt hat, bleibt die Frage, wer wirklich hinter diesen Angriffen stand, unbeantwortet. Wie verwickelt die AKP mit ISIS ist, wurde immer noch nicht untersucht und die Frage wird von der Mehrheit der Medien auch nicht gestellt. Die kürzlich gegründeten Nachrichten-Plattformen «Siyasi Haber» und «Avrupa Forum», die sich entschlossen offen über diese Fragen zu sprechen, wurden von der Regierung angezeigt und geblockt.

Mit den neuen Wahlergebnissen ist für die politisch aktive linke Bevölkerung klar, dass das Schlimmste auf dem Weg ist. Nur wenige Tage vor den Wahlen hat Erdogans ehemaliger Redenschreiber und nun Parlamentsmitglied Aydın Ünal offen Zeitungen bedroht, welche die AKP kritisierten. Seine Worte waren: «Die Zeitung Sözcü beleidigt uns fast täglich. Im Moment sind wir nicht in der komfortabelsten Lage es zu tun, aber nach dem 1. November werden wir sie auf jeden Fall zur Rechenschaft ziehen.»

Zielscheibe sind ausserdem Hüriyet, Cumhuriyet, KanalTürk, Bugün Gazetesi, Bugün TV, Millet Gazetesi, Özgür Medya und die Liste geht weiter. Es scheint, die Redefreiheit wird bald komplett untersagt sein. Die Zahl der Prozesse gegen Leute, die sich entschlossen, öffentlich die AKP und Erdogan zu kritisieren, wird ansteigen. Von manchen wird noch immer gehofft, dass die nächsten vier Jahre unter der Herrschaft der AKP friedlich sein werden. Doch das ist höchst unwahrscheinlich, denn in den Augen der Linken ist und bleibt die AKP eine Terrororganisation.

Die 24jährige Gizem Şimşek ist in Istanbul aufgewachsen und lebt seit einem Jahr in Basel. Sie nahm teil an den Gezi-Park-Protesten und ist Mitglied der internationalistischen türkisch-kurdischen Gruppe «La Revuelta». Aus dem Englischen übersetzt von Jonas Jäggi.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)

Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)

Ich möchte ein Probeabonnement der UW

Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Nie mehr Hiroshima, nie mehr Nagasaki

Der weltweite Kampf gegen die Atombombe

Am 19. März 1950 ging von Stockholm aus der Ruf an alle friedliebenden Menschen der Welt, einen Appell zu unterzeichnen, der «das absolute Verbot der Atomwaffe als einer Waffe des Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerung» forderte. Die etwa 150 Frauen und Männer, die diesen klar formulierten eindringlichen Aufruf in einem Stockholmer Kellerlokal verfasst und beschlossen hatten, waren die Repräsentanten einer noch jungen Bewegung, deren Anfänge auf das Jahr 1948 zurückgingen.

Von Hella Kaeselitz

Ende August 1948 hatten sich auf Vorschlag französischer und polnischer Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler im kriegszerstörten Wrocław Kultur- und Geisteswissenschaftler unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Überzeugungen aus 46 Ländern versammelt. Sie berieten darüber, wie der ständig grösser werdenden Kriegsgefahr der Welt wirksam begegnet werden könnte.

Die Teilnehmer des Wrocławer Kongresses appellierten in einem Manifest an alle Gleichgesinnten, zur Verteidigung des Friedens Landeskomitees zu schaffen und Landeskongresse abzuhalten sowie die internationalen Beziehungen zu pflegen und zu verbessern. Der Kongress bildete einen internationalen Verbindungsausschuss mit Sitz in Paris. Dieser übernahm die Aufgabe, Kontakte zwischen den nationalen Friedensbewegungen herzustellen, den Erfahrungsaustausch zu organisieren und die Schaffung nationalen Friedenskomitees zu fördern. Ende Februar 1949 schlug der Verbindungsausschuss gemeinsam mit der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) vor, im April 1949 einen Weltkongress der Friedensanhänger nach Paris einzuberufen.

Geburt der Weltfriedensbewegung

Am 20. April 1949 eröffnete der französische Atomphysiker und Nobelpreisträger Frédéric Joliot-Curie im traditionsreichen Konzertsaal von Pleyel unter dem Symbol der von Pablo Picasso eigens für diese Veranstaltung geschaffenen Friedenstaube den ersten Weltkongress der Kämpfer für den Frieden. Angereist waren mehr als 2000 Delegierte aus 72 Ländern, die 600 Millionen Friedensanhänger vertraten. Einer grossen Anzahl von Delegierten war von den französischen Behörden die Einreise verweigert worden. Diese Delegierten fanden sich in Prag zu einem vorher nicht geplanten Parallelkongress zusammen, der sich zum festen Bestandteil des Pariser Kongresses erklärte, die gleichen Beratungen durchführte und die gleichen Dokumente beschloss.

Der Kongress trat in einer international brisanten Situation zusammen: In Washington war der aggressive Nordatlantikkpaktvertrag unterzeichnet worden. In Bonn liefen die Vorbereitungen zur Gründung eines deutschen Separatstaates auf Hochtouren. Frankreich führte seit Jahren vertragsbrüchig einen grausamen Kolonialkrieg in Indochina, Grossbritannien einen Unterdrückungsfeldzug gegen das malaysische Volk. In Griechenland setzten Patrioten der Reaktion verzweifelte Widerstand entgegen. In den entwickelten kapitalistischen Ländern waren die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte im Zuge des kalten Krieges und unter US-amerikanischem Druck in die Defensive gedrängt worden. Umso stärker war der Wille der in Paris und Prag Versammelten, einen Ausweg aus der gespannten internationalen Lage zu zeigen.

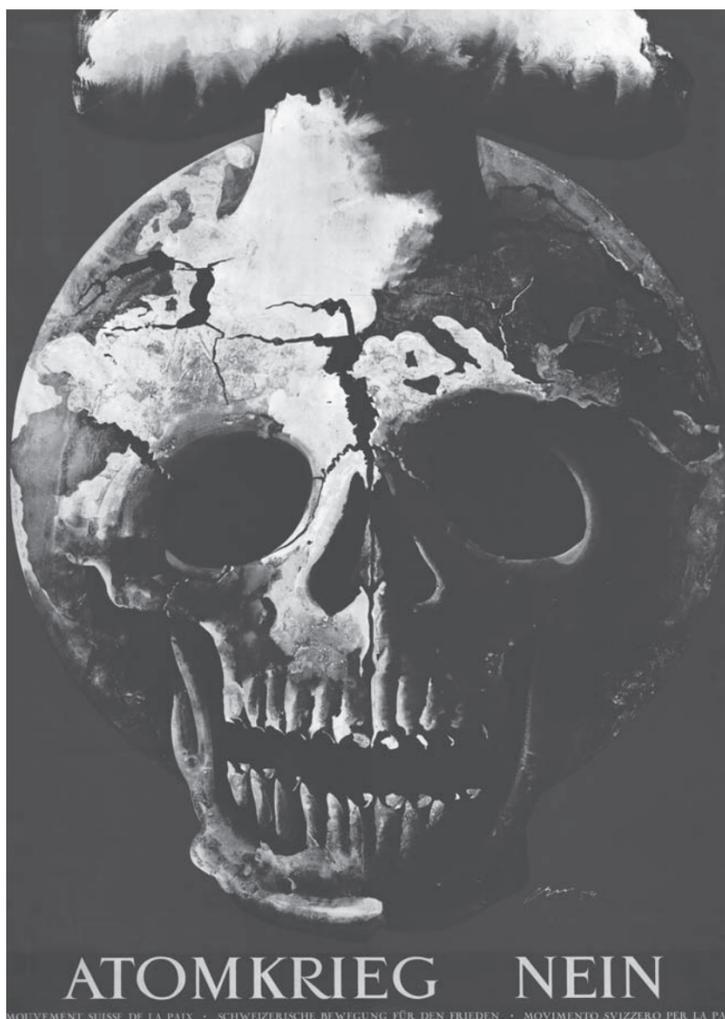
Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg erging von einem internationalen Kongress laut und vernehmlich der Ruf nach Erhaltung und Festigung des Friedens. «Irgend einem Volk allein ist es unmöglich, sich

vor dem Krieg zu schützen», erklärte Joliot-Curie in seiner Eröffnungssprache. «Nur die gemeinsamen Aktionen der Völker aller Länder werden es möglich machen, dieses Ziel zu erreichen. Jeder einzelne der Millionen Menschen, denen der Krieg droht, muss sich davon überzeugen, dass das Problem von Krieg und Frieden sein persönliches Problem ist, dass es ihn unmittelbar angeht und dass er ihm nicht ausweichen kann.»

Gegen Rassenhass und Kriegshetze

Der Kongress forderte das Verbot der Atombombe, die Reduzierung der Streitkräfte der Grossmächte und die Senkung der Militärausgaben. Es verurteilte die Kriegshysterie und das Predigen von Rassenhass und Feindschaft zwischen den Völkern. Als wichtigste Voraussetzung für Frieden und Freiheit bezeichnete das Manifest die nationale Unabhängigkeit der Völker und das friedliche Zusammenwirken der Grossmächte entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Auf einer abschliessenden Manifestation im Pariser Buffalo Stadion am 25. April 1949, an der 500 000 Menschen teilnahmen, erklärte Professor Joliot-Curie: «Wir haben eine Initiative gegen jene gestartet, die mit der Atombombe den Frieden bedrohen. Dieser Tag ist der Beginn unserer Aktion.»

Der erste Weltfriedenskongress – unter dieser Bezeichnung ist die erste grosse Friedensmanifestation nach dem Zweiten Weltkrieg in



Plakat des Schweizer Künstlers Hans Erni, das er 1954 für die Schweizerische Friedensbewegung schuf. Sein Aushang wurde u.a. im Kanton Genf verboten.

die Geschichte eingegangen – schuf ein ständiges Komitee, den späteren Weltfriedensrat, das als leitendes und koordinierendes Organ der Weltfriedensbewegung fungieren sollte. Zum Präsidenten des Weltfriedenskomitees wurde Frédéric Joliot-Curie gewählt,

Vizepräsidenten wurden unter anderem John Bernal, Pietro Nenni und die Präsidentin der IDFF, Eugénie Cotton. Das Weltfriedenskomitee bildete die organisatorische Basis der Weltfriedensbewegung und stützte sich in seiner praktischen Arbeit auf die

bestehenden oder entstehenden nationalen Friedenskomitees in den einzelnen Ländern.

Seit jenen Apriltagen des Jahres 1949 nahm die Weltfriedensbewegung einen enormen Aufschwung. Bis zum Oktober 1949 gab es bereits in 46 Ländern nationale Friedenskomitees.

Stockholmer Appell

Ein neues Kapitel in der Weltfriedensbewegung wurde mit der Verabschiedung des Stockholmer Appells am 19. März 1950 eingeleitet. Zum ersten Mal ging es darum, Millionen von Menschen direkt anzusprechen, sie wach zu rütteln, an ihr humanistisches Gewissen zu appellieren, jeden einzelnen zu bewegen, durch seine Unterschrift ein Bekenntnis zum Frieden, zum Verbot der Atombombe abzulegen. Die Mitglieder des Weltfriedenskomitees waren sich darüber im Klaren, dass vom Ergebnis dieser weltweiten Aktion vieles abhängen würde. Alle Erwartungen wurden weit übertroffen. «Ein Wunder trat ein», schrieb Ilja Ehrenburg. «Der Appell, den wir im Keller eines Stockholmer Restaurants angenommen hatten, flog um die Welt.»

Der Ausbruch des Korea Krieges am 25. Juni 1950 und die bewaffnete Intervention der USA in Korea führten zu einer wachsenden Beteiligung an der Unterschriftensammlung für den Stockholmer Appell. Viele Menschen, die vorher die Kriegsgefahr unterschätzt hatten, erklärten sich nun bereit, den Appell zu unterzeichnen; bis Ende 1950 waren es über 500 Millionen. Viele kamen zum ersten Mal mit der Friedensbewegung in Berührung.

Aus: *Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte*, Dietz Verlag Berlin 1989, von der UW gekürzt und mit Untertiteln versehen.

Innert sieben Monate 234 000 Unterschriften gegen den Atomtod

Starker Rückhalt in der Schweiz

In der Folge des Pariser Friedenskongresses von 1949 wurde auch in der Schweiz eine «Bewegung für den Kampf um den Frieden» gegründet, die nachmalige Schweizerische Friedensbewegung SFB. Ein erstes Zeichen setzte sie mit der Unterschriftensammlung unter den Stockholmer Appell.

Von Martin Schwander

Der Palmare im Kampf gegen die Atombombe gebührt in der Schweiz zweifellos der Jugend. Bereits im Herbst 1949, Monate vor der Verabschiedung des Stockholmer Appells, schlug die Jugendorganisation der Partei der Arbeit, die Freie Jugend der Schweiz FJS, allen schweizerischen Jugendverbänden vor, in einer gemeinsamen Stellungnahme das Internationale Rote Kreuz IKRK aufzufordern, «seinen Einfluss für ein Verbot der Atombombe und eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen geltend zu machen». Ein solcher Schritt des IKRK, so zeigte sich die Freie Jugend überzeugt, würde «in allen Ländern der Welt begeisterte Zustimmung hervorrufen» und die Mehrheit in ihrem Wunsch nach einem festen und dauerhaften Frieden ermutigen.

Zahlreiche Verbände wie etwa der Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS, die Jungnaturfreunde, der Schweizerische Katholische Jungmannschaftsbund, der Pfadfinderbund, die Junge Kirche, der Bund für Jugendherbergen, der Internationale Zivildienst, die Christlichen Vereine Junger Männer und Junger Töchter zeigten sich mit den Forderungen der FJS zwar einig, doch zu einer gemeinsamen Aktion mochte sich keine der Organisationen bereit

erklären: als kommunistische Jugendorganisation gehörte die FJS in diesen Anfangsjahren des Kalten Krieges bereits zu den politischen Outlaws. So meinte etwa das katholische «Vaterland», es sei «für einen vaterländisch gesinnten Jugendverband unmöglich, diese unlautere Aktion zu unterstützen» und wünschte sich, die Freie Jugend der Schweiz möchte sich «hinter den Eisernen Vorhang zurückziehen, die Segnungen aus Moskau voll auskosten und dort arbeiten. Bei uns in der Schweiz ist für solch unwürdige vaterlandsfeindliche Gesinnung kein Platz!»

IKRK für bedingungslose Ächtung der Atombombe

Nicht beeindruckt durch diese gehässige Hetze liess sich hingegen das von der FJS direkt angeschriebene IKRK. In seinem Antwortschreiben vom 4. Februar 1950 wies es zunächst darauf hin, dass die 17. Internationale Rot-Kreuz-Konferenz als höchstes beratendes Organ des IKRK 1948 die Weltmächte in einer Entschliessung beschworen habe, die Verwendung sogenannt blinder Waffen «bedingungslos zu ächten und auch die militärische Anwendung der Atomenergie und jeder anderen ähnlichen Kraft.» Aus diesem Grunde, so das IKRK an die Freie Jugend, sei es «folgich keineswegs auszuschliessen, dass das

Komitee eine Initiative in der von Ihnen hervorgehobenen Art ergreifen wird.»

Anfangs März 1950 erliess das «Komitee des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden», das auf dem Pariser Weltfriedenskongress vom April 1949 eingesetzt worden war und später in «Weltfriedensrat» umbenannt werden sollte, einen Aufruf an die Parlamente der Welt zur Erhaltung und Sicherung des Friedens. In der Schweiz wurde dieser Aufruf von der «Schweizerischen Bewegung für den Kampf um den Frieden» übernommen, die im Nachgang zum Pariser Kongress unter dem Präsidium des Lausanner Hellenisten Prof. André Bonnard gegründet worden war. Das Schweizervolk sei seit jeher mit dem Frieden tief verbunden, heisst es in dem Begleitschreiben, mit welchem die helvetischen Friedenskämpfer den internationalen Aufruf an den Bundesrat weiterreichten. «Auf seinem Boden und mit seiner Unterstützung», so das von Professor Bonnard unterzeichnete Schreiben weiter, «sind humanitäre Einrichtungen geschaffen worden, die die Schrecken des Krieges bekämpfen. Heute geht es darum, gegen eine neue, unerhört grauenvolle Form der Kriegsführung – gegen die Atombombe – zu kämpfen. ... Wir ersuchen deshalb den Schweizerischen Bundesrat, im Geiste der humanitären Tradition unseres Landes sein Einverständnis mit der internationalen Aktion für das Verbot der Atomwaffe und für die Vernichtung der Atombombenbestände öf-

fentlich zu erklären. Wir ersuchen ihn ebenfalls, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, um – ohne Arbeitslosigkeit zu verursachen – der Ausfuhr von Waffen und Kriegsmunition ein Ende zu bereiten.»

Bundesrat verweigert sich der Aussprache

Auf internationaler Ebene waren verschiedene Delegationen gebildet worden, um den Aufruf des Weltfriedenskomitees direkt zu den Parlamenten und Regierungen zu tragen. So hätten etwa Pablo Picasso und der Schweizer Künstler Hans Erni nach Washington reisen sollen, doch wurde ihnen dort die Einreise verweigert. Professor Bonnard und seiner Delegation erging es in der Schweiz nicht besser: Die Tore zum Bundeshaus blieben ihnen verschlossen. Der Bundesrat, so verlautete die Bundeskanzlei in kalter Kriegsmanier, halte eine derartige Audienz für überflüssig, weil «eine Adresse des Friedens – wenn man vom Interesse absieht, das sie für die Propaganda einer politischen Partei bieten kann, von der notorisch ist, dass sie den Weisungen einer ausländischen politischen Organisation untersteht – in einem Lande wie dem unseren gegenstandslos ist, in welchem Volk und Behörden ganz und vorbehaltlos für die Friedensidee einstehen.»

Bereits wenige Wochen später, am 19. März 1950, erging aus Stockholm ein weiterer Appell des Weltfriedenskomitees, der sich auf das Verbot

Fortsetzung Seite 6

234 000 Unterschriften...

Fortsetzung von Seite 5

der Atomwaffe und dessen Kontrolle konzentrierte, den Ersteinsatz der Atomwaffe als Kriegsverbrechen anprangerte und direkt an die Völker dieser Welt gerichtet war. Das war der Start zu einer bis anhin unerreichten Friedensinitiative, die in der Schweiz von der Bewegung für den Kampf um den Frieden unverzüglich an die Hand genommen wurde.

Dass die Bewegung selbst und insbesondere auch ihre Unterschriften-sammlung von den Mitgliedern der Partei der Arbeit und ihrer Jugendorganisation tatkräftig unterstützt und in den Zeitungen der PdA prominent hervorgehoben wurden, brachten ihnen rasch den Stempel eines krypto-kommunistischen Unterfangens ein. Prof. André Bonnard wehrte sich gegen diesen Stempel, ohne aber den Kalten Krieger den Gefallen zu tun, sich von der PdA zu distanzieren. In einer Rede vom 5. Mai 1950 in Zürich meinte er:

«Die einzige Sache, die ich nicht unwidersprochen lassen kann, ist, dass die Bewegung für den Kampf um den Frieden im Dienste einer einzigen Partei stehe, beziehungsweise den Interessen einer fremden Politik diene. Die Kämpfer für den Frieden wollen nur dem Frieden dienen, und zwar dem Frieden für alle Menschen. ... Gewiss hat es Kommunisten in dieser Bewegung: Sie sind zahlreich und aktiv. Aber es ist überraschend, dass die Katholiken ebenfalls sehr zahlreich und sehr aktiv mitarbeiten. ... Und ausserdem, sollte man, weil die Kommunisten für den Frieden arbeiten, sich weigern, ihn zusammen mit ihnen zu wollen? Ich habe Mühe zu glauben, dass es in einem Lande Leute gibt, die so vom Hass gegen die Sowjetunion vergiftet sind, dass sie eine solch schändliche Haltung einnehmen könnten. Dennoch gibt es solche. Sie lassen mich an Leute denken, die, weil ein Kommunist ihnen sagt, dass es mittags hell sei, sich beeilen, Kerzen anzuzünden, um ihn ins Unrecht zu versetzen. Die Unsinnigkeit solcher Reflexe enthüllt einen Angstzustand. Die Dummheit und die Feigheit geben sich immer die Hand. Aber wovor hat man Angst?»

Mit allen für alle

«Kein Bürger unseres Landes muss Angst haben, den Frieden zusammen mit jenen zu wollen, die ihn auch wollen. Der Frieden ist für alle Menschen, und der Krieg würde seine Opfer nicht auswählen. Wir wollen den Frieden mit allen für alle. Wir wollen den Frieden nicht als eine kommunistische Machenschaft. Wir wollen ihn einfach für jene, die wir lieben, für unsere Frauen, für unsere Freunde, für unsere Brüder, für unsere Gefährten. Wir wollen den Frieden vor allem für unsere Kinder, diese Kinder des Jahres 1950, die noch lange nach dem Jahre 2000 leben werden ...»

Ermutigt einerseits durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das seine Ankündigung an die Freie Jugend der Schweiz inzwischen wahr gemacht und die Regierungen der Welt eingeladen hatte, sich für ein Verbot der Atomwaffen stark zu machen, andererseits durch die befürwortende Reaktion des Bundesrates auf den Appell des IKRK, setzte die Schweizerische Konferenz der Friedensbewegung am 14. Mai 1950 in Biel ihr Unterschriftenziel hoch an: 300 000 sollten es werden. «Jeder Unterschriftensammler nimmt am grössten Unternehmen der Geschichte teil: Der Zerstörung des Krieges!», motivierte Präsident Bonnard die 70 Delegierten und mahnte sie zur Offenheit: «Es handelt sich darum, alle Menschen, welches auch ihre Meinung über die gegenwärtige internationale Spannung sei, zusammenzuführen. Wir müssen jedermann ansprechen, indem wir ihm sagen: <Ihr könnt denken,

dass die USA schuld an der Spannung seien, ihr könnt denken, dass es die Sowjetunion sei. Wichtig ist, dass die Atomwaffe verboten wird.> Mit dieser Unterschriftenkampagne müssen wir nicht Anhänger für unsere Bewegung werben, sondern Unterschriften für den Aufruf von Stockholm sammeln. Keine Sektiererei!»

Täglich nun trafen Tausende von Unterschriften unter den Stockholmer Appell bei der Friedensbewegung ein. Befriedigt stellte der «Vorwärts» am 16. Mai 1950 fest: «Die Bewegung der Anhänger des Friedens verzeichnet Erfolge. Auch in der Schweiz müssen ihr Konzessionen gemacht werden, nachdem man noch vor kurzer Zeit meinte, sie mit den klischeemässigen Schnödigkeiten abtun zu können. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz setzte sich vor Monaten über oberflächliche Hetzer hinweg, indem es der Freien Jugend der Schweiz eine ermutigende Antwort erteilte. Der Bundesrat, der noch vor wenigen Wochen keine Anhänger des Atombombenverbotes in einer Audienz empfangen wollte, war jetzt genötigt, sich zu erklären. Aber Wert und Bestand hat nur, was durch das Volk selbst geschieht. Die Sammlung von Unterschriften für das Verbot der Atombombe kann nicht mehr abgetan werden als eine «kommunistische Mache» ...»

Friedenskundgebung beim Basler Münster

Nur wenige Monate später, auf den ersten Schweizerischen Friedenskongress hin, der für den 22. Oktober 1950 nach Basel einberufen worden war, wurde die Unterschriftensammlung mit 233 830 Unterschriften für beendet erklärt. Professor Bonnard bekräftigte erneut den offenen Charakter der Friedensbewegung: «Die Anhänger des Friedens sind keineswegs eine politische Partei; sie verpflichten sich keiner Ideologie, sie lassen sich auch keine aufzwingen. Sie sind keine Organisation, sie sind eine Bewegung, in welcher sich frei alle Kräfte der Welt aussprechen und zusammenschliessen, die in erster Linie den Frieden wollen.» Und angesichts der hohen Unterschriftenzahl unter den Stockholmer Appell meinte er: «Das Schweizer Volk, das Volk der Arbeiter und Bauern, das Volk aller Werktätigen, das Volk der Frauen, die so ungerecht vom politischen Leben ferngehalten werden, ist heute bereit, auf die Stimme jener zu hören, die es jener Mission zurückgeben werden, die es in sich trägt und die ihm immer teuer war: für alle anderen Menschen und mit ihnen den Weg des Friedens zu entdecken.»

Im Anschluss an den Friedenskongress fand auf dem historischen Münsterplatz in Basel eine stark besuchte Kundgebung der Schweizerischen Bewegung für den Frieden statt. «2 500 bis 3 000 Personen waren zusammengeströmt», berichtete der «Vorwärts» am Tag danach. Im Namen der Jugend, die über 70 000 Unterschriften alleine gesammelt hatte und im Namen der ebenfalls sehr aktiven Frauen sprach die Zürcherin Christine Kägi-Anderfuhren: «Im letzten Krieg gab es 50 Millionen Tote, 50 Millionen Menschen, die gelebt und gearbeitet hatten. Junge Frauen und Männer, die am Sonntag mit ihren Kindern spazieren gegangen waren, Kinder, die einst auf der Strasse spielten – alle wurden sie gemordet. 150 Millionen Menschen wurden obdachlos. Menschen, die sich an ihrem Heim gefreut hatten, verloren alles. Kleine Kinder standen hilflos ohne Mütter da, alte Leute erhielten keinen Besuch mehr von Kindern und Grosskindern. Eltern verloren ihre Söhne und Töchter – ihre Briefe blieben unbeantwortet. Kein Film und keine Wochenschau kann uns etwas anderes vormachen. Ein Atomkrieg ist noch viel schrecklicher.

Wie kann es Leute geben, die es ruhig hinnehmen, dass ein Dritter Weltkrieg unvermeidlich ist? Wie können wir das nur hinnehmen? Dürfen wir uns nicht wehren, gegen das was in der Zeitung steht? Wir müssen Angst und Entsetzen vor einem neuen Weltkrieg wach halten. Wir dürfen es nicht zulassen, dass es wieder so weit kommt, dass wir vor einer Welt in Trümmern stehen. Wir müssen jede Gelegenheit ergreifen, um gegen den Krieg aufzutreten. Wir Jungen haben noch das ganze Leben vor uns. Das Militärbudget der Schweiz ist sehr hoch. Diese Ausgaben müssen wir Jungen bezahlen. Wir können nur schaffen und wieder schaffen, um diese Ausgaben herauszuwirtschaften. Wir jungen Menschen müssen alles daran setzen, um den Frieden zu erhalten.»

Gegen Kriegshetze in den Medien

Die Kundgebung schloss mit einem «Aufruf an das Schweizer Volk». «Im Namen von 233 000 Schweizerinnen und Schweizern, welche die Petition für das Verbot der Atomwaffe unterzeichneten und verschiedener religiöser und politischer Vereinigungen, die sich für das Verbot der Atomwaffe ausgesprochen und damit zusammen mit den 500 Millionen Menschen die in der ganzen Welt das Verbot der Atomwaffe fordern, rufen wir das ganze Schweizer Volk auf, sich für die Erhaltung des Friedens und die Unabhängigkeit unseres Landes einzusetzen.» Der Aufruf beklagte die «fieberhafte Aufrüstung», welche den Völkern unerträgliche Lasten aufbürden, die Lebenserhaltung

der Völker beeinträchtigen und die Kriegsgefahr verschärfen würde und hielt fest: «Es kann nicht zugelassen werden, dass sich unser Land ebenfalls auf diesen Weg begibt, indem es die Hälfte seiner jährlichen Ausgaben Rüstungszwecken widmet.» Der Aufruf ermunterte die Bevölkerung, der Kriegspropaganda in der Presse, am Radio und im Kino entgegenzutreten und «im Sinne der humanitären Traditionen der Schweiz, auf deren Boden das Rote Kreuz und die Genfer Konventionen entstanden sind, alles zu tun, damit unser Land alle Regierungen auffordert, einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung zuzustimmen und feierlich auf die Anwendung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungswaffen zu verzichten.»

Benutzte Quelle: «Vorwärts» 1949/1950

Die feuchten Träume der Schweizer Obristen

Helvetische Atombombe?

Mit ihren 234 000 Unterschriften für ein Verbot der Atomwaffen hatte die Schweizerische Bevölkerung 1950 ein erstes starkes Signal gesetzt. Noch dachte sie damals, ihre Forderung betreffe bloss ausländische Mächte.

Von Martin Schwander

Eigentlich schien die Ausgangslage für den antinuklearen Kampf in der Schweiz zu Beginn der 50er Jahre günstig. Nicht nur hatte der Stockholmer Appell für ein Verbot der Atomwaffen trotz widriger klimatischer Bedingungen des Kalten Krieges 234 000 Bürgerinnen und Bürger hinter sich versammelt, sondern selbst der Bundesrat erklärte in einem Schreiben an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, er verabscheue Mittel der Massenvernichtung und beglückwünsche die Initiative des IKRK, die Atombombe und andere blinde Waffen international zu ächten. Der Bundesrat, so Max Petitpierre, «erklärt sich bereit, alle Anstrengungen zu unterstützen, die zum Zweck unternommen werden, dieser Gefahr in wirksamer Weise zu begegnen.»

Geheim-Kommission

Nur ein kleinster Kreis von Geheimträgern wusste damals, dass es sich bei der bundesrätlichen Erklärung um ein grobes Täuschungsmanöver handelte und insgeheim bereits an der Entwicklung einer eigenen Atomwaffe gewerkelt wurde. Nur wenige Tage nach dem Abwurf der Atombombe über Hiroshima nämlich forderte der Ausbildungschef der Schweizer Armee, Oberstkorpskommandant Frick, vom damaligen Chef des Eidgenössischen Militärdepartements, Bundesrat Dr. Kobelt, in einem per Kurier überbrachten Schreiben die Einsetzung einer geheimen Studienkommission, welche unter anderem die Entwicklung von «Geschossen, die selbst auf dem Prinzip der Atomzertrümmerung aufgebaut sind» prüfen sollte. Diese «Studienkommission für Atomenergie» wurde am 8. Juni 1946 vom Bundesrat unter der Leitung des Nuklearforschers Paul Scherrer denn auch formell eingesetzt. An die Arbeit hatte sie sich auf Geheiss des Militärdepartements jedoch bereits zuvor gemacht, mit klarem Ziel, wie dem Entwurf über die geheimen «Richtlinien für die Arbeiten der SKA auf militärischem Gebiet» vom Dezember 1945 zu entnehmen ist: «Die SKA soll als Hauptzweck die Schaffung einer schweizerischen Uran-Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie-Verwendung beruhen, anstreben.»

Bundesrat lässt atomare Katze aus dem Sack

Davon drang während Jahren nichts an die Öffentlichkeit. Erst Leitartikel der Allgemeinen Militärzeitschrift, die sich für eine eigene Nuklearbe-

waffung aussprachen und schliesslich eine Verlautbarung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft vom Frühjahr 1957, in welcher sie sich für die Anschaffung von Atomwaffen «als bedeutendste Verstärkung der Landesverteidigung» einsetzte, brachten böses Erwachen in die öffentliche Friedens- und Abrüstungsdebatte und zwang den Bundesrat am 11. Juli 1958, seine Karten in einer «prinzipiellen Erklärung» auf den Tisch zu legen: «In Übereinstimmung mit unserer jahrhundertealten Tradition der Wahrhaftigkeit ist der Bundesrat deshalb der Ansicht, dass der Armee zur Bewahrung unserer Unabhängigkeit und zum Schütze unserer Neutralität die wirksamsten Waffen gegeben werden müssen. Dazu gehören die Atomwaffen.»

Am 23. Dezember 1958 beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Militärdepartement, u.a. folgenden Punkte zu prüfen: «Die Wirkung von Artillerieraketen und von ferngelenkten Raketen als konventionelle Waffen; die Möglichkeit, Atomsprengeköpfe für diese Waffe zu beschaffen; die Möglichkeit, Atomwaffen zu kaufen; die Möglichkeit, Atomwaffen in der Schweiz herzustellen, allenfalls auf dem Wege des Erfahrungsaustausches oder in Zusammenarbeit mit anderen Ländern.»

Gespaltener Widerstand

Noch vor der «prinzipiellen Erklärung» des Bundesrates trafen sich in Bern über 100 Personen aus sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen, pazifistischen und religiösen Kreisen und gründeten die «Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung» (SBgaA). Ziel war die Lancierung einer Volksinitiative, welche die «Herstellung, Einfuhr, Durchfuhr, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen aller Art» auf dem Gebiet der Eidgenossenschaft verbieten wollte. Die Partei der Arbeit und die Schweizerische Friedensbewegung waren zu dem Treffen nicht eingeladen worden, ja man suchte sie mit allen Mitteln gar aussen vor zu lassen. In Basel etwa weigerte sich das spätere Initiativkomitee, Mitgliedern der PdA Unterschriftenbogen auszuhändigen: Der Kalte Krieg hatte eben auch in der Linken seine Adepten.

Das hinderte die PdA nicht daran, sich als einzige Partei vollumfänglich für das Anliegen des Atomwaffenverbotes einzusetzen – ganz im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, welche sich dem Begehren der Atomwaffengegner widersetzte und eine eigene Konkurrenz-Initiative lancierte: Diese sprach sich nicht

für oder gegen die Atombewaffnung aus, sondern allein dafür, dass ein diesbezüglicher Entscheid dem Volk unterbreitet werden müsste.

Zwei Niederlagen

Beide Initiativen erlitten vor dem (zu jener Zeit noch ausschliesslich männlichen) Volk Schiffbruch. Zwar wurden sie in der welschen Schweiz und im Tessin angenommen, aber insgesamt stimmten ihnen nur 34,8% (Verbots-Initiative) beziehungsweise 37,8% (Volksentscheid) der Abstimmenden zu.

«Der Bundesrat und die Befürworter einer Atombewaffnung hatten ihr Ziel erreicht. Ihnen ging es im Abstimmungskampf darum, der Schweiz die Option einer Nuklearbewaffnung offenzuhalten und sich auf keinen Fall die Hände binden zu lassen. In der eigentlichen Zeit des Kalten Krieges hatten die Initiativen keine Chance. Der Bau der Berliner Mauer und die Kubakrise machten die Ost-West-Gegensätze wie in nie zuvor gehabter Art bemerkbar.» (aus: Metzler, *Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee 1945–1969*).

Wirtschaft gewinnt

Zum letzten Mal vom Parlament bestätigen liess sich der Bundesrat diese nukleare Option 1966. Solange nukleare Waffen vorhanden seien und gegen die Schweiz eingesetzt werden könnten, so der Bundesrat in seinem Bericht an die Bundesversammlung vom 6. Juni 1966, «sind wir verpflichtet, die Vor- und Nachteile einer eigenen Nuklearbewaffnung mit allen ihren Auswirkungen zu prüfen.»

Die folgenden Jahre waren geprägt von der Frage, ob die Schweiz dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen beitreten solle oder nicht. Das Militär sträubte sich energisch dagegen, und noch 1969 wurde ein erst 1988 (!) aufgelöster «Arbeitsausschuss für Atomfragen» eingesetzt, welcher dem Bundesrat die nukleare Option offenhalten sollte. Aber schliesslich gewann die Wirtschaft Oberhand: Ohne Beitritt zum Atomsperrvertrag sah sie die Versorgung der Kernkraftwerke mit Spaltmaterial gefährdet und fürchtete zudem einen Ausschluss aus der internationalen technischen Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Kernnutzung. 1977 wurde der Beitritt der Schweiz zum Atomsperrvertrag vom Parlament ratifiziert.

Weder Volkswiderstand, Friedensbewegung noch Einsicht von Politik und Armee führten also letztlich zum Verzicht auf die helvetische Atombombe, sondern – wie es unserem Lande gebührt – die Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen.

Benutzte Quellen: «Vorwärts», Metzler a.a.O., Datenbank dodis.ch

Faschisten marschieren in Europa. Und in der Schweiz?

Und in der Schweiz.

Am Samstag, den 19. September 2015 fand von 18 bis ca. 20 Uhr die jährliche Veranstaltung der Schweizerischen Friedensbewegung zum UNO-Weltfriedenstag im Galeriesaal des Volkshauses in Basel mit dem Titel «Faschisten marschieren in Europa. Und in der Schweiz?» statt.

Von Julia Hoppe

Ungefähr 40 Gäste folgten dem Vortrag Beat Schneiders, emeritierter Professor für Kultur- und Kunstgeschichte an der Hochschule der Künste Bern (HKB), der sich nach seinem Referat

den Fragen und der regen Diskussion mit den BesucherInnen stellte.

Schon länger erfreuen sich europaweit rechtspopulistische Bewegungen und Parteien an wachsender Beliebtheit und können auf dem politischen Parkett Fuss fassen, wobei auf fa-

schistische Methoden und Inhalte zurückgegriffen wird.

Beat Schneider erörtert in seinem Referat «Ist die SVP faschistisch?», wie die grösste rechtspopulistische Partei der Schweiz, die SVP, in diesem Kontext einzuordnen ist. Die Thematik hat gerade in den letzten zwei bis drei Monaten durch die Flüchtlingswelle und durch die bevorstehenden Nationalratswahlen in der Schweiz an Brisanz und Aktualität gewonnen.

Einleitend geht Schneider auf Überlegungen zum Thema Faschismus und dem Umgang mit der Begrifflichkeit selbst ein, um daraufhin die gemeinsamen Merkmale faschistischer Bewegungen, wie z. B. Ursachen, die zur Entstehung geführt haben, totalitärer Anspruch und undemokratische Haltung, Geringschätzung der Menschenrechte, Besessenheit von Verbrechen und Bestrafung oder Kontrolle über Medien und Bildung, um nur einige zu nennen, zusammenzufassen. Anschliessend vergleicht Beat Schneider die Merkmale mit der nationalen Politik der SVP.

«SVP transportiert faschistisches Gedankengut»

Letztendlich kommt Schneider zu dem Schluss, dass es sich bei der SVP nicht nur wie häufig behauptet um eine bürgerliche oder nationalkonservative Partei handelt, sondern es sich anhand der Ergebnisse des Vergleichs viel mehr um eine Partei handelt, deren Politik zum grössten Teil faschistisch ist. Es seien nicht nur die einzelnen Merkmale, sondern viel mehr das Ensemble aller die übereinstimmen, so Schneider. Die SVP transportiert faschistisches Gedankengut, das zur Vergiftung der gesamten politischen Kultur in der Schweiz beiträgt und macht es salonfähig.

Für Fragen oder weitere Informationen zum Vortrag können Sie sich gerne an das Sekretariat der SFB via E-mail an mail@friedensbewegung.ch wenden.

Save the Date: Mittwoch, den 21. September 2016 für unsere nächste Veranstaltung zum UNO-Weltfriedenstag 2016 im Schmiedenhof (Rümelinsplatz 4) in Basel.

es sind, die bedroht sind, und dass sie deshalb kommen.

Flüchtlinge machen uns hilflos, denn sie sind es, die Hilfe brauchen. Und wir wissen, dass wir sie ihnen geben könnten. Aber seit 1979 haben wir unsere Asylgesetzgebung fast 40 Mal revidiert und meistens verschärft.

Im Zweiten Weltkrieg hat sich die Schweiz mit dem Satz „Das Boot ist voll“ zu schützen versucht. Rückblickend hat sich gezeigt, dass es im Boot durchaus noch Platz gegeben hätte.

Wir dürfen diesen Satz nicht nochmals zu unserm Leitsatz machen.

Angesichts der mit Verzweifeln überfüllten Boote, angesichts der Ertrinkenden und Erstickenen gibt es nur eine Antwort: Grosszügigkeit.

Damit wir uns jetzt und später nicht zu schämen brauchen.

Die Erstunterzeichnenden

Franz Hohler, Schriftsteller; Peter Nideröst, Rechtsanwalt; Verena Mühlethaler, Pfarrerin Offener St. Jakob; Saidou Bah, Autonome Schule Zürich; Martin Naef, Nationalrat SP; Rebekka Wylar, Vizepräsidentin SP Kanton Zürich.

Für uns sind Flüchtlinge vor allem eine Bedrohung. Sie bedrohen die Selbstverständlichkeit unseres Normalbetriebs. Wir vergessen, dass sie



Prof. Beat Schneider am Weltfriedenstag in Basel. Foto UW

Grosszügigkeit gefordert

Flüchtlingsmanifest

Wir können mehr Hilfe leisten, national, aber auch international, meinen die bis anhin 14 323 Unterzeichnenden eines von Franz Hohler verfassten Flüchtlingsmanifestes. «Konkret heisst das: Der Bundesrat muss die Kontingente für Flüchtlinge aus Syrien deutlich erhöhen, es braucht die Wiedereinführung des Botschaftsasyls und wir fordern als Sofortmassnahme eine vorübergehende Aussetzung der Dublin-Bestimmungen für Flüchtlinge aus Syrien.» Wir dokumentieren den Wortlaut des Manifestes. Unterschreiben lässt es sich auf www.fluechtlings-manifest.ch.

Von Franz Hohler

Flüchtlinge machen uns ratlos. Uns geht es gut, und nun kommen Menschen, denen geht es so schlecht, dass sie keinen anderen Weg sehen als ihr Land zu verlassen, und wenn es noch so schwierig ist. Der Tod, dem sie zu entkommen versuchen, lauert ihnen auch auf der Flucht auf.

Flüchtlinge machen uns Angst, denn sie kommen aus einem Elend, das uns fremd ist. Wir vergessen, dass sie es sind, die Angst haben.

Wir fühlen uns von ihnen überfordert. Wir vergessen, dass sie es sind, die überfordert sind von den Verhältnissen in ihrer Heimat und von all dem, was sie auf sich genommen haben.

Wir können uns nicht vorstellen, was es heisst, das Notwendigste zusammenzupacken und den Ort und das Haus, in dem wir gewohnt haben, zurückzulassen. Die Kinder mitzunehmen, obwohl gerade das Schuljahr begonnen hat, die Sprache zurückzulassen, in der wir zu Hause sind, der Zukunft mehr zu vertrauen als der Vergangenheit und der Gegenwart.

Für uns sind Flüchtlinge vor allem eine Bedrohung. Sie bedrohen die Selbstverständlichkeit unseres Normalbetriebs. Wir vergessen, dass sie

SFB in Kuba

Am 16. November 2015 wird eine Delegation aus drei Personen (Jonas Jäggi, Sämi Wanitsch und Julia Hoppe) der Schweizerischen Friedensbewegung die Reise nach Kuba antreten, um vor Ort am Exekutivkomitee Treffen des Weltfriedensrats, WPC (19. bis 21. November 2015) sowie dem 4. Internationalen Seminar des Friedens und für die Abschaffung der ausländischen Militärstützpunkte vom 23. bis zum 25. November 2015 in Guantánamo teilzunehmen.

Die Schweizerische Friedensbewegung blickt auf eine lange und enge Beziehung mit dem Seminar und der Kubanischen Friedensbewegung zurück. Die Beziehung ist geprägt von moralischer, finanzieller als auch tatkräftiger Unterstützung. Julia Hoppe, Sekretärin der SFB, wird auf dem Seminar in Guantánamo von der Arbeit der Schweizerischen Friedensbewegung und ihrer Beziehung zu Kuba berichten.

Wir werden in der nächsten UW auf die Delegationsreise und das Seminar zurückkommen.

Solidaritätsbotschaft in die Türkei

Tragödie beenden

Vor Beginn einer Friedensdemonstration in Ankara, in der Nähe des Hauptbahnhofs kam es Anfang Oktober zu zwei Explosionen, die zahlreiche Opfer forderten. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB hat ihrer Partnerorganisation in der Türkei eine Solidaritätsbotschaft geschickt. Darin heisst es:

Mit grossem Entsetzen erreichten uns am 10. Oktober 2015 die Bilder des Attentats von Ankara. Nahe des Bahnhofs, auf dem dem Sihhiye Platz, kamen Demonstranten zusammen, um an einer Friedensdemonstration, die von der Gewerkschaft Kesk organisiert wurde, teilzunehmen. Der Konflikt zwischen türkischer Regierung und der verbotenen kurdischen Organisation PKK sollte beworben werden, endete aber in dieser schrecklichen Tragödie. (...)

Über Hundert Friedensaktivistinnen und -aktivisten fanden den Tod,

mehrere Hundert wurden verletzt. Die Schweizerische Friedensbewegung erwartet von der türkischen Regierung, die sich der Verantwortung stellen muss, diese menschenverachtenden Anschläge aufzuklären.

Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen und Freunden der Opfer. Wir solidarisieren uns mit allen fortschrittlichen, demokratischen Kräften in der Türkei, die für den Frieden zwischen den Kulturen, die Meinungsfreiheit sowie Demokratie einstehen und kämpfen.

Sekretariat der SFB

Killen Pensionskassen mit?

Mehr Transparenz

Finanziert dein Geld Atomwaffen oder Streumunition? Fordere jetzt Transparenz von deiner Pensionskasse!

Es ist bekannt, dass Banken und andere Finanzinstitute in ihrem Portfolio Aktien von Rüstungsfirmen halten, die auch Atomwaffen und Streumunition herstellen und verbreiten. Diese Investitionen tätigen sie mit dem Geld ihrer Kundinnen und Kunden – selbstverständlich ohne, dass diese davon in Kenntnis gesetzt werden. Welche Banken in die umstrittenen Konzerne investieren, lässt sich im Don't Bank on the Bombs Report 2014 nachlesen. Damit lässt es sich gegebenenfalls zu einer ethisch verantwortlicheren Bank wechseln.

Ganz anders jedoch verhält es sich mit den Pensionskassen: hier sind keinerlei Informationen zugänglich, wo investiert wird und ob die Pensionskasse das ihr anvertraute Vermögen aufgrund ethischer Kriterien verwaltet. Was geschieht mit unseren Pensionskassengeldern? Hier herrscht komplette Intransparenz.

Musterbrief

Fordere deine Pensionskasse schriftlich zur Transparenz auf! Wir haben das Recht zu erfahren, was mit unserem Geld geschieht, und nach welchen Kriterien Anlageprodukte aus den Portfolios ausgeschlossen werden. Mit unseren Pensionskassengeldern soll die atomare Aufrüstung und Produktion von Streumunition nicht weiter vorangetrieben werden!

So geht's: Lade auf unserer Website (kriegsmaterial.ch) einen Musterbrief herunter oder verlange von uns eine Papierkopie und sende ihn deiner Pensionskasse zu (Musterbriefe sind

erhältlich über Tel. 031 301 82 09 oder per Mail an gsoa@gsoa.ch).

Aktiviere dein Umfeld: Je mehr Briefe an Pensionskassen verschickt werden, desto mehr öffentlicher Druck kann aufgebaut werden!

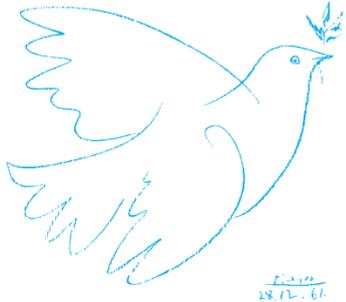
Keine SNB-Gelder für Atomwaffen

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat gemäss einem Bericht der NZZ am Sonntag vom 6. September auch im Jahr 2015 Investitionen in Atomwaffenproduzenten getätigt. Dabei hat die Führung der SNB bereits im Jahr 2013 bekannt gegeben, nicht mehr in Rüstungsunternehmen zu investieren, welche international geächtete Produkte verkaufen.

Von der GsoA angesprochen auf diese Diskrepanz weist die SNB darauf hin, dass es unterschiedliche Interpretationen von «geächteten Produkten» gäbe und die SNB die Beurteilung ihrer Anlageprodukte an eine (ungenannte) Drittfirma ausgelagert hat, die entsprechende ethische Ausschlusskriterien definiert hat.

In einem Brief an den Bankrat weist die GsoA auf die Problematik hin, dass die SNB weder die genauen Kriterien publiziert, noch mitteilt, welche Unternehmung sie für deren Überprüfung beauftragt hat. Die GsoA fordert den Bankrat auf, die Führung der SNB dazu zu bewegen, die Ausschlusskriterien zu veröffentlichen und die kontrollierende Drittfirma zu benennen.

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt



«Schmerz im Zuchthaus ist der härteste, der verheerendste der Schmerzen, der die Intelligenz tötet, die Seele vertrocknen lässt und Spuren hinterlässt, die sich niemals auslöschen lassen.» (Jose Martí)

Friedensaktivistin seit 12 Jahren in Kerkerhaft

Freiheit für Ana Belén

Die US-Bürgerin Ana Belén Montes hat alles gegeben, um den Frieden zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zu erhalten und zu einem nachbarschaftlichen Verhältnis zwischen beiden Nationen beizutragen. Dafür büsst sie unter fürchterlichen Umständen.

Von Manuel David Orrio del Rosario

Geboren wurde Ana Belén Montes am 28. Februar 1957 in Westdeutschland, als Puertoricanerin mit nordamerikanischer Staatsangehörigkeit und Tochter eines US-Militärarztes. 2001, mittlerweile ranghohe Beamtin der US-Militärabwehr DIA, wurde sie verhaftet und ein Jahr später als «Spionin» verurteilt, weil sie Kuba vor aggressiven, gegen die kubanische Bevölkerung gerichteten Plänen warnte. Sie bedrohte damit weder die nationale Sicherheit der USA noch brachte sie dabei das Leben Unschuldiger in Gefahr.

1979, mit 22 Jahren, verliert sie die Universität von Virginia die Lizenzierung im Fach «Internationale Beziehungen». Später erwarb sie den Magistergrad. 1985 wurde sie in die DIA aufgenommen. Wegen ihrer Fähigkeiten wurde sie zum Luftwaffenstützpunkt in Bolling in Washington entsandt, wo sie als Spezialistin auf dem Gebiet der Geheimdienstforschung arbeitete. 1992 wechselte sie als Analytikerin zum Pentagon.

Mit einem Scheinauftrag hielt sie sich eine Zeit lang in der diplomatischen Vertretung in Havanna auf, um das kubanische Militär zu «studieren». 1998 schickte sie die DIA erneut auf die Insel, um den Verlauf des Besuchs von Papst Johannes Paul zu beobachten.

Auch wenn sie durch ihre hübsches Gesicht, ihrem beständigen Lächeln und ihren guten Manieren auffallen mochte, war sie äusserst diskret. Während sie allein in einem bescheidenen Apartment im Norden der US-Hauptstadt lebte, stieg sie im Pentagon bis zur leitenden Analytikerin auf. Sie hatte praktisch Zugang zu allem, was die Nachrichtengemeinschaft über die Insel zusammentrug. Sie kannte, was das Verteidigungsministerium in Bezug auf die kubanischen militärischen Aktivitäten wusste. Wegen ihres Ranges war sie Mitglied der supergeheimen «Zwischengeheim-

dienstlichen Arbeitsgruppe zu Kuba», die die wichtigsten Analytiker aller US-Geheimdienste vereinigt.

Am 20. September 2001 wurde sie in ihrem Büro in den Räumen der DIA auf der Luftwaffenbasis Bolling in Washington D.C. von Agenten des Bundeskriminalamtes (FBI) verhaftet. Tage später wurde sie wegen «Verschwörung zur Spionage zu Gunsten von Kuba» angeklagt. Man machte ihr den Prozess und irgendwann wurde sie dann in ein Spezialgefängnis für Gefangene mit körperlichen und seelischen Problemen eingeliefert, obwohl sie im Augenblick ihrer Verhaftung nichts dergleichen aufwies.

«Täterin» aus Überzeugung

In dem Verfahren gegen sie erklärte sie mit völliger Offenheit und völligem Edelmut, dass sie ihrem Gewissen gehorcht hatte. «Es gibt ein italienisches Sprichwort, das vielleicht am besten beschreibt, was ich glaube: Die ganze Welt ist ein einziges Land. In diesem Weltland stellt das Prinzip, den Nächsten wie sich selbst zu lieben, die wesentliche Leitlinie für harmonische Beziehungen zwischen all unseren Nachbarstaaten dar».

«Dieses Prinzip umfasst Toleranz und Verständnis für die unterschied-

In Kuba hat sich ein Komitee formiert, das auf die Begnadigung von Ana Belén Montes hinarbeitet. Geleitet wird das 60köpfige Komitee vom ehemaligen Spitzendiplomaten Néstor García Iturbe, dem evangelischen Theologieprofessor Douglas Calvo, der Bloggerin Rosa Cristina Báez Valdés («La Polilla Cubana») und dem Medienbeauftragten der Kommunistischen Partei Kubas, Manuel David Orrio del Rosario. Wie im Fall der Ende 2014 befreiten «Cuban Five» sollen sich weltweit Solidaritätskomitees für die Freilassung von Ana Belén Montes bilden.

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!

lichen Formen, in denen andere handeln. Hieraus folgt, dass wir andere Nationen so behandeln, wie wir selbst behandelt werden wollen – mit Respekt und Rücksichtnahme. Das ist ein Prinzip, das leider, wie ich meine, Kuba gegenüber niemals angewendet wurde».

«Euer Ehren, ich habe die Taten, die mich vor Sie geführt haben, begangen, weil ich meinem Gewissen mehr als dem Gesetz gehorchte. Ich meine, die Politik unseres Landes gegenüber Kuba ist grausam und ungerecht, zutiefst feindselig; ich habe mich moralisch für verpflichtet gehalten, der Insel zu helfen, sich gegenüber unseren Bestrebungen zu verteidigen, ihnen unsere Werte und unser politisches System aufzuerlegen».

«Wir haben Intoleranz und Missachtung Kuba gegenüber während vier Dekaden zur Schau getragen. Wir haben niemals Kubas Recht respektiert, sein eigenes Schicksal, seine eigenen Ideale von Gleichheit und Gerechtigkeit zu bestimmen. Ich verstehe nicht, wie wir fortfahren zu diktieren ... wie Kuba seine Führer auszuwählen hat und wer nicht dazu gehören darf und welche Gesetze die adäquatesten für diese Nation sind. Warum lassen wir sie nicht über die Form entscheiden, in der sie ihre inneren Angelegenheiten regeln wollen, so wie die Vereinigten Staaten dies seit mehr als zwei Jahrhunderten für sich beansprucht haben?».

«Mein grösster Wunsch wäre zu sehen, dass sich ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba ergäbe. Ich hoffe, dass mein Fall auf die eine oder andere Weise unsere Regierung ermutigt, ihre Feindseligkeit gegenüber Kuba aufzugeben und mit Havanna zusammenzuarbeiten, geprägt von einem Geist der Toleranz, des Respekts und des gegenseitigen Verständnisses».

«Heute sehen wir klarer als jemals zuvor, dass Intoleranz und Hass – von Seiten von Individuen oder von Regierungen – einzig und allein Schmerz und Leiden verbreiten. Ich hoffe, dass die Vereinigten Staaten eine Politik gegenüber Kuba entwickeln, die sich auf die Liebe zum Nachbarn gründet, eine Politik, die anerkennt, dass Kuba, wie jede andere Nation, mit Würde und nicht mit Missachtung behandelt werden möchte».

Ana Belén Montes ist zur Zeit im Bundeskrankenhaus in Carswell inhaftiert, einer Institution, die zu den militärischen Einrichtungen des Flughafens der US-Marines in Fort Worth, Texas. Sie ist in der Psychiatrieabteilung eingesperrt, obwohl sie nicht psychisch krank ist, was aber wegen der Anwesenheit von tatsächlich psychisch erkrankten Menschen für sie ein gefährlicher Ort ist.

Grausame Haftbedingungen

Ana Belén hat von ihrer 25jährigen Haftstrafe bisher 12 Jahre verbüsst. Ihre Entlassung kann frühestens 2023 erfolgen.

Sie ist einem extremen Isolationsregime ausgesetzt.

Weil sie wegen Spionage verurteilt worden ist, darf sie lediglich mit ihren nächsten Verwandten Kontakt haben.

Niemand kann etwas über ihren Gesundheitszustand herausfinden noch erfahren, warum sie in einem Zent-

rum ist, das für Personen mit psychischen Problemen bestimmt ist.

Sie darf keine Pakete empfangen.

Wenn jemand versucht, ihr einen Brief zu schicken, wird dieser per Einschreiben zurückgeschickt.

Sie darf keine Beziehungen zu anderen Gefangenen haben.

Man erlaubt ihr nicht zu telefonieren.

Sie darf weder Zeitungen oder Zeitschriften erhalten noch darf sie fernsehen.

Sie darf keine Besuche von Freunden empfangen; sie hat bisher lediglich Besuche ihres Vaters erhalten dürfen, der in der Zwischenzeit verstorben ist, und ihres Bruders, eines castrofeindlichen Beamten.

Ihre Familie hat sie wegen ihrer Liebe zu Kuba verstossen oder man hat sie daran gehindert, Verbindung mit ihr aufzunehmen, so dass Ana seit mehr als einem Jahrzehnt komplett von der Welt isoliert ist.

Man hat sie in einem Gefängnis eingesperrt, das die eigene nordamerikanische Presse wie folgt kommentiert hat: «Eine Strafe im Gefängnis für medizinische Behandlung in Carswell zu verbüssen kann sich für die weiblichen Gefangenen in ein Todesurteil verwandeln». Dort geschehen schwerste Verletzungen der Menschenrechte zu Lasten der Gefangenen (Missbräuche seitens der Polizei, verdächtige Todesfälle, deren Untersuchung verschleppt wurde, Todesfälle wegen fehlender elementarer medizinischer Behandlung, Verletzung der Gefangenen durch die Wärter, Fälle, in denen Gefangene giftiger Produkte ausgesetzt waren usw.). Derart läuft ihr Leben Gefahr. Zumal sie gemeinsam mit einigen der gefährlichsten

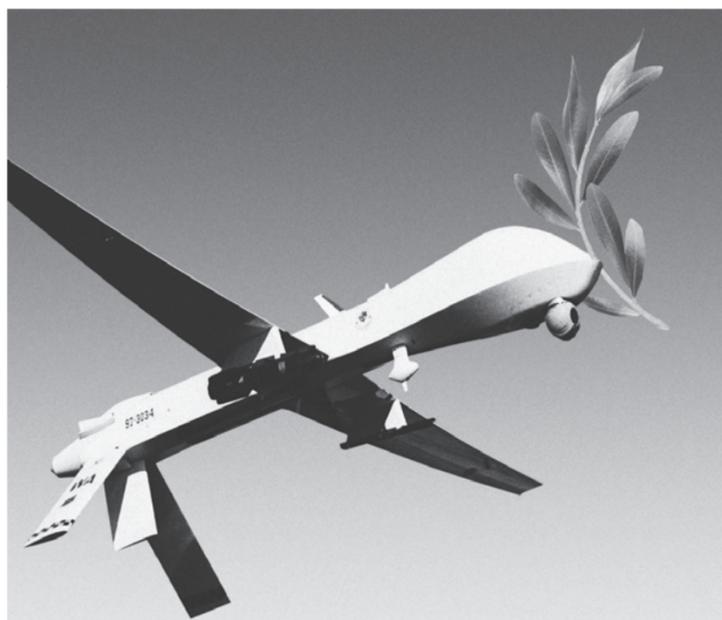
Frauen der USA eingesperrt ist: Zu ihren Zellennachbarinnen gehörten etwa eine Krankenschwester, die vier Patienten mit Insulinspritzen getötet hatte oder Lynette Fromme, eine Gefährtin des Satanisten Charles Manson, die versucht hatte, US-Präsident Gerald Ford umzubringen.

Ana Belén Montes hat keinerlei Geld von den Kubanern erhalten. Sie wurde auch nicht mit Hilfe von schmutziger Erpressung rekrutiert. Sie wurde nicht aus Rache oder Machtstreben tätig. Obwohl sie wie niemand sonst die fürchterlichen Risiken kannte, nahm sie diese wegen ihrer Gerechtigkeitsliebe und wegen ihrer achtbaren Solidarität mit Kuba in Kauf. Einer der Anklagepunkte, die man ihr vorwarf, war, dass sie geholfen hatte, Bill Clinton und George W. Bush davon zu überzeugen, dass die Insel keine militärische Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellte, wodurch sie dazu beitrug, einen Krieg zu verhindern, der den Tod vieler Kubaner und Nordamerikaner bedeutet hätte.

Für ihren Beitrag zum Frieden verdient sie die Begnadigung durch den Präsidenten der USA, gerade jetzt, wo sich die USA auf den Weg zu einer Normalisierung ihrer Beziehungen mit Kuba begeben haben.

Ana Belén Montes hat alles gegeben, um den Frieden zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zu erhalten und zu einem nachbarschaftlichen Verhältnis zwischen beiden Nationen zu gelangen. Dafür büsst sie unter fürchterlichen Umständen.

(Quelle: Blog von Manuel David Orrio del Rosario <http://auto-hermes.ning.com/>; Deutsche Übersetzung von Günter Belchous).



Chor Laltracosa Bern

KONZERT GEGEN DEN KRIEG

Konzert des Chores Laltracosa, 20. November, 20 Uhr, Friedenskirche Bern; 21. November, 20 Uhr, Nydeggkirche Bern. Eintritt frei, Kollekte.